Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Heimatbericht

Heimatbericht

Vorwort

Heimatpolitik ist seit dieser Legislaturperiode ein wesentlicher Bestandteil der Politik der Bundesregierung. Durch die Einrichtung einer Heimatabteilung im Innenministerium habe ich auch für eine institutionelle Verankerung der Heimatpolitik gesorgt. Sie ist aber nicht nur eine wichtige Aufgabe im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, sondern eine Querschnittsaufgabe, die über alle Ressortgrenzen hinweg in allen Politikbereichen durchgesetzt werden muss.

Hauptanliegen unserer Heimatpolitik ist die Sicherung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat unter meinem Vorsitz die Grundlagen für eine moderne Heimatpolitik erarbeitet.[1] Zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission hat das Bundeskabinett im Juli 2019 zwölf prioritäre Maßnahmen beschlossen, die verschiedene Handlungsfelder betreffen. Ihr Ziel sind gute Entwicklungsmöglichkeiten und faire Teilhabechancen für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig vom Wohnort. Das fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Bedeutung der Heimatpolitik zeigt sich auch und gerade in der Corona-Krise, durch die die regionalen Bezüge noch mehr an Bedeutung gewonnen haben. Daher ist auch das Konjunkturpaket der Bundesregierung dem Grundgedanken gleichwertiger Lebensverhältnisse verpflichtet.

Besonders in strukturschwachen Regionen besteht Handlungsbedarf. Hier müssen wir zum Beispiel durch eine zielgerichtete Standortpolitik in Verwaltung, Forschung und Wirtschaft qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Arbeitsplätze stärken die Lebensqualität und schaffen neue Perspektiven für eine ganze Region. Mit der Neu- und Ausgründung von Bundesbehörden und Ressortforschungseinrichtungen geht die Bundesregierung voran. Dazu gehört auch, dass sich der Bund mit dem Strukturstärkungsgesetz verpflichtet hat, allein in den Kohleregionen innerhalb von zehn Jahren 5.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Insgesamt plant der Bund, mehr als 10.000 Stellen in strukturschwachen Regionen anzusiedeln.

---

[1] Unser Plan für Deutschland - Gleichwertige Lebensverhältnisse überall - Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“; https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/unser-plan-fuer-deutschland-langversion-kom-gl.pdf;jsessionid=5CD2DCE2B71D717ACBDE8CC95C25CBCF.1_cid287?__blob=publicationFile&v=4

Mit dem vorliegenden Heimatbericht wird der aktuelle Stand der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Deutschland dokumentiert. Der Deutschlandatlas hat mit 56 Karten die Grundlage für die Betrachtung unseres Landes gelegt. Alle Bürgerinnen und Bürger können dort nachschauen, wo ihre Heimatregion in Bezug auf einzelne Indikatoren steht.

Der Heimatbericht geht einen Schritt weiter: Er verdichtet und bewertet den Erkenntnisstand. Der Bericht zeigt anhand ausgewählter Indikatoren, wo es in Deutschland unterstützungsbedürftige Regionen gibt. Er benennt die strukturstarken und strukturschwachen Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Allen Entscheidungsträgern in Bund, Ländern und Kommunen bietet er eine differenzierte Grundlage für gezielte Maßnahmen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Der Bericht zeigt aber auch, dass die meisten Landkreise und kreisfreien Städte ein solides Fundament vorweisen. Deutschland hat gute Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse und für die bestmögliche Krisenbewältigung.

Im nächsten Schritt werden wir im Frühjahr 2021 eine Bilanz zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ vorlegen. Diese wird zeigen, was alle Bundesressorts bisher erreicht haben, aber auch, wo noch Arbeit für die nächsten Jahre vor uns liegt.

Corona verändert unser Land. Neben den vielen persönlichen Schicksalsschlägen durch Krankheit, Tod oder Einsamkeit sind die ökonomischen Folgen der Pandemie von erheblicher Tragweite. In zuvor kaum vorstellbarer Weise ist die Wirtschaftsleistung eingebrochen, haben Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zugenommen und sind die Steuereinnahmen zurückgegangen.

Der Heimatbericht beschreibt erste Auswirkungen der Corona-Pandemie auf regionale Unterschiede. Welche weiteren Folgen die Corona-Pandemie für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse haben wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Es ist jedoch deutlich geworden, dass Deutschland die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen bisher vergleichsweise gut gemeistert hat. Das liegt auch an der guten öffentlichen und sozialen Fürsorge in Deutschland und an der zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten, soweit nötig aber auch regional und lokal angepassten Krisenreaktion.

Horst Seehofer
Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Inhalt

1. Einleitung ... 11

2. Darstellung und Beschreibung zentraler Indikatoren für strukturstarke, durchschnittliche und strukturschwache Landkreise und kreisfreie Städte ... 14

2.1 Die Indikatoren und Themenfelder ... 14
2.1.1 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ... 16
2.1.2 Kommunale Leistungsfähigkeit ... 16
2.1.3 Soziale Lage ... 16
2.1.4 Siedlungs- und Infrastruktur ... 16
2.1.5 Demografische Entwicklung ... 16
2.1.6 Räumliche Gliederung ... 17
2.1.7 Methodisches Vorgehen ... 17

2.2 Beschreibung der regionalen Muster in den Themenfeldern ... 18
2.2.1 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ... 18
2.2.2 Kommunale Leistungsfähigkeit ... 20
2.2.3 Soziale Lage ... 22
2.2.4 Siedlungs- und Infrastruktur ... 24
2.2.5 Demografische Entwicklung ... 26

2.3 Vergleich der regionalen Muster anhand der Korrelationen der fünf Themenfelder ... 28

3. Typisierung der Landkreise und kreisfreien Städte nach strukturstarken, durchschnittlichen und strukturschwachen Kreisen ... 30

3.1 Methode der Typisierung ... 30
3.2 Typisierung ... 31
3.3 Strukturstarke, durchschnittliche und strukturschwache Kreise in Deutschland ... 33
3.3.1 Strukturstarke Kreise ... 33
3.3.2 Durchschnittliche Kreise ... 38
3.3.3 Strukturschwache Kreise ... 42

4. Erste Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten ... 45

4.1 Allgemeine Trends bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ... 45
4.2 Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Leistungsbezugs von Arbeitslosen in den Kreisen ... 46
4.3 Entwicklung der Kurzarbeit in den Kreisen ... 52

5. Zusammenfassung und Ausblick: Strukturschwache Kreise in Deutschland - Eine prioritäre Aufgabe der Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse ... 54

Anhang ... 56

1. Einleitung

Deutschland ist seit jeher ein vielfältiges Land. Diese Vielfalt ist Teil seiner Stärke und Identität, und es gilt sie zu bewahren. Unterschiede in den Lebensverhältnissen dürfen jedoch nicht dazu führen, dass in einigen Regionen deutliche Nachteile bestehen. Jede Region soll lebenswert sein und bleiben. Es darf keine Regionen geben, die von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt sind und von der Politik aufgegeben werden. Jeder Mensch in Deutschland soll dort gut leben können, wo er leben möchte und wo er sich zugehörig fühlt.

Die Heimatpolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und strukturschwache Regionen zu unterstützen. Deshalb hat die Bundesregierung im September 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt, deren Ergebnisse zusammen mit Schlussfolgerungen ihres Vorsitzenden, des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, sowie den Co-Vorsitzenden Bundesministerinnen für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, und für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey, im Juli 2019 veröffentlicht wurden. Auf dieser Basis hat die Bundesregierung im Juli 2019 zwölf prioritäre Maßnahmen beschlossen, die für die Erhaltung bzw. Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland als wichtig erachtet werden. Mit ihnen sollen in der 19. Legislaturperiode und darüber hinaus effektive und sichtbare Schritte hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gegangen werden.

Zu den zwölf prioritären Maßnahmen zählen die Einführung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung von Behörden und Ressortforschungseinrichtungen (Dezentralisierung), die flächendeckende Versorgung mit einer Breitbandausstattung und einer leistungsstarken Mobilfunkversorgung, die Verbesserung der Mobilitäts- und Verkehrsinfrastruktur z.B. durch eine Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken, die Stärkung von Dörfern und ländlichen Räumen, die Städtebauförderung und der soziale Wohnungsbau, eine faire Lösung für kommunale Altschulden, die Stärkung von Engagement und Ehrenamt, Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung sowie die Einführung eines sog. Gleichwertigkeits-Checks bei der Gesetzgebung des Bundes. Die Umsetzung mehrerer Maßnahmen konnte bereits abgeschlossen werden und wird gesteuert und begleitet durch den Staatssekretärsausschuss Gleichwertige Lebensverhältnisse.

Bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse handelt sich um eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts und Ebenen. Die Maßnahmen werden von jedem Ressort im Rahmen der eigenen Zuständigkeit und Haushaltslage umgesetzt. Sie sind auch als Prävention für künftige Krisen zu sehen. Die Schaffung von Resilienz durch gleichwertige Lebensverhältnisse ist eine Aufgabe auch für die Zukunft.

Deutschland ist aufgrund seiner Geschichte und seiner geografischen und geopolitischen Lage im Herzen Europas ein Land mit sehr unterschiedlich strukturierten Regionen. Die kleinteilige und dezentrale Struktur geht auf eine über lange Zeit eigenständige Geschichte der Regionen zurück, in der sich in allen Landesteilen Zentren herausgebildet hatten. Der Zusammenschluss der deutschen Staaten, Hansestädte, Herzog- und Fürstentümer zu einem gemeinsamen Staat 1871 vereinte die so unterschiedlichen Landesteile und geschah zu einer Zeit, als die industrielle Entwicklung in vollem Gange war und die bestehende Struktur überformte. Bis heute zeigt sich die kleinteilige Struktur Deutschlands in einer Vielzahl von Klein-, Mittel- und Großstädten mit eigener Identität und eigener regionalen Geschichte.

Durch die Industrialisierung hat sich Deutschland zu einem städtisch geprägten Land entwickelt. So gab es 2018 insgesamt 81 Großstädte (mit mehr als 100.000 Einwohnern), darunter 4 Millionenstädte. Insgesamt lebten 26,64 Millionen Menschen in Großstädten. Weitere 619 Städte hatten 2018 mehr als 20.000 Einwohner, hier lebten

22,74 Millionen Menschen. Dies bedeutet aber auch, dass 2018 40% der Bevölkerung in Städten und Gemeinden lebten, die weniger als 20.000 Einwohner haben. Die Anzahl der Bewohner in ländlich geprägten Kreisen nimmt seit vielen Jahrzehnten ab, zwischen 1995 und 2017 um 3 Prozent.[2]

Die regionale Struktur Deutschlands zeigt sich auch in der regionalen Identität der Menschen und ihrer starken Identifikation mit ihrer Region. Das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Stadt oder einer Region, einer Volksgruppe oder einem Bundesland, ist stark ausgebildet. Entsprechend vergleichen die Menschen ihre Region zumeist mit anderen Regionen oder dem Durchschnitt in Deutschland, legen jedoch zugleich Wert auf regionale Unterschiede und Besonderheiten.

Im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen gilt es, für ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse zu sorgen. Im Grundgesetz wurde daher verankert, dass dem Bund in bestimmten Bereichen das Gesetzgebungsrecht zufällt, wenn und soweit dies die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erforderlich macht. Nicht jede Abweichung vom Durchschnitt wird dabei als Problem betrachtet. Doch sollen alle Kommunen in der Lage sein, attraktiv, lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich zu sein und ihre Stärken zu entwickeln. Daher dürfen relative Abweichungen zwischen den Regionen nicht zu groß werden. Strukturschwache Regionen stellen eine besondere Herausforderung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse dar und müssen daher unterstützt werden. Dies ist das Ziel einer Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse. Bei allen Unterschieden ist die Diskrepanz zwischen schwächeren und stärkeren Regionen in Deutschland aber sehr viel geringer als in vielen anderen Staaten der Europäischen Union, und auch schwächere Regionen sind in der Regel besser gestellt als die weniger entwickelten Regionen in anderen Teilen der Europäischen Union.

Die Verstädterung in Deutschland nimmt weiter zu, und vor allem im letzten Jahrzehnt wurde ein enormer Zuzug – vor allem junger Menschen – in die Städte registriert. Viele ländliche Regionen haben im Gegenzug an Einwohnern verloren. Dies gefährdet die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das kulturelle und gesellschaftliche Leben in diesen Regionen. Viele Angebote im kommerziellen Bereich sind in ländlichen Regionen weggefallen und auch kulturelle und soziale Angebote der Kommunen müssen neu justiert werden. Ziel ist die Gleichwertigkeit von Stadt und Land, von Ost und West, von Nord und Süd. Die Analyse wird zeigen, dass es stark prosperierende, strukturstarke aber auch strukturschwache Regionen in allen Teilen Deutschlands gibt.

Globale und gesellschaftliche Trends können jedoch die Gleichwertigkeit gefährden. Der Trend zur Digitalisierung läuft unvermindert weiter. Hier haben die Städte und prosperierenden Regionen bisher einen Vorsprung. Die Digitalisierung bietet jedoch Chancen gerade für ländliche Regionen, wenn die Ausstattung mit technischer Infrastruktur auf dem neuesten Stand ist. Viele Weltmarkführer haben ihren Standort in ländlichen Regionen („hidden champions“). Ihre Wettbewerbsfähigkeit hängt auch von einem Zugang zu einer leistungsstarken Breitband- und Mobilfunkversorgung ab. Die Bundesregierung hat daher verschiedene Maßnahmen für eine flächendeckende Versorgung mit leistungsstarken Breitband- und Mobilfunknetzen ergriffen. Beispielhaft seien die im November 2019 beschlossene Mobilfunkstrategie erwähnt, mit der die Bundesregierung die Erschließung von bis zu 5.000 Mobilfunkstandorten in unversorgten Gebieten mit rund 1,1 Mrd. Euro fördert, oder das am 3. Juni 2020 beschlossene Konjunkturpaket, das u. a. den Aufbau eines flächendeckenden 5G-Netzes in Deutschland bis 2025 mit 5 Mrd. Euro fördert.

Als eine Maßnahme zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat die Bundesregierung 2019 die „Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Regionen“ beschlossen. Darüber hinaus orientiert sich die Bundesregierung weiterhin an den Beschlüssen der Föderalismusreform. Bei Ansiedlungen von Bundeseinrichtungen sind Standorte in den Neuen Ländern vorrangig zu berücksichtigen. Der Bund hat sich 2020 zudem mit dem Strukturstärkungs-

[2] Vgl. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/interaktive-karten/bevoelkerungsentwicklung-kreise/bevoelkerungsentwicklung-kreise.html

gesetz verpflichtet, allein in den Kohleregionen innerhalb von zehn Jahren 5.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat will sich anteilig mit 1.500 Arbeitsplätzen seines Geschäftsbereichs beteiligen. Zur Prozessbegleitung der Planung von Ansiedlungen wurde im BMI eine Clearingstelle eingerichtet.

Derzeit sind rund 4.800 neue Arbeitsplätze in den kommenden 10 Jahren in den Kohlerevieren, weitere 6.500 in den ostdeutschen Flächenländern und weitere 3.900 in den strukturschwachen Regionen der westdeutschen Länder in Planung. Davon sind bereits 1.900 Arbeitsplätze geschaffen worden. Bei einer weiterhin konsequenten Umsetzung der beschlossenen und insbesondere der geplanten Ansiedlungsvorhaben sind die gesteckten Ziele realistisch erreichbar.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eine Aufgabe, der sich die Politik dauerhaft stellen muss. Mit diesem Bericht wird erstmals eine Bestandsaufnahme vorgelegt, wie es heute um die Gleichwertigkeit in Deutschland bestellt ist. Hierfür wurden die wichtigsten und in der Fachwelt gängigen Indikatoren zu den Themenfeldern

- wirtschaftliche Leistungsfähigkeit,
- kommunale Leistungsfähigkeit,
- soziale Lage,
- Siedlungs- und Infrastruktur sowie
- demografische Entwicklung

ausgewählt und analysiert sowie eine Typisierung der Landkreise und kreisfreien Städte durchgeführt. Die Typisierung macht deutlich, wo die kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland stehen, und welche Herausforderungen und Stärken der Kreise in diesen zentralen Themenfeldern zu beobachten sind. Die Analyse zeigt aber auch ganz deutlich, dass Deutschland ein Land mit vielen prosperierenden Städten und Landkreisen und einem stabilen und starken Mittelfeld ist.

Dieser Bericht basiert auf Indikatoren, für die die zugrundeliegenden statistischen Daten überwiegend erst für das Jahr 2018 vorliegen. Die aktuellen Werte vieler Statistiken (Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosigkeit, Einkommen, Bezug von Transferleistungen) werden sich davon wahrscheinlich deutlich unterscheiden. Der Bericht bilanziert damit den Stand der Gleichwertigkeit vor der Corona-Pandemie und kann so Grundlage für die weitere Analyse der künftigen Entwicklung sein. In einem gesonderten Kapitel wird jedoch analysiert, welche aktuellen Auswirkungen die Corona-Krise auf strukturschwache und strukturstarke Regionen hat und ob sich bestehende Ungleichheiten dadurch eher verstärkt oder abschwächt haben.

2. Darstellung und Beschreibung zentraler Indikatoren für strukturstarke, durchschnittliche und strukturschwache Landkreise und kreisfreie Städte

2.1 Die Indikatoren und Themenfelder

Die Lebensbereiche, in denen die Menschen ihre eigene Region beschreiben und mit anderen Regionen in Deutschland vergleichen, sind sehr individuell. Um die Lebensverhältnisse in einem Ort, einer Stadt oder Region zu erfassen, ist ein breites Spektrum an relevanten Faktoren zu berücksichtigen. Dazu zählen u. a. der demografische Wandel, die wirtschaftliche Entwicklung, der regionale Arbeitsmarkt, Siedlungs- und Infrastrukturen, und hierbei insbesondere die Digitalisierung, die Grundversorgung und die öffentliche Daseinsvorsorge. Aus den genannten Themenfeldern gibt es einige Indikatoren, die für die Beschreibung und den Vergleich besonders häufig herangezogen werden, in der Fachwelt anerkannt sind und auf die im Rahmen des Berichts daher zurückgegriffen wird.[3]

Die Herausforderung besteht darin, anhand einer möglichst kleinen und überschaubaren Zahl von Indikatoren die ausgewählten Themenfelder möglichst konkret, aussagekräftig und nachvollziehbar mit anerkannten, zeitnah und verlässlich verfügbaren Daten zu beschreiben. Die ausgewählten Indikatoren bilden die unterschiedlichen Aspekte der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ihrer Bandbreite und Komplexität präzise ab und werden auch in anderen Studien häufig verwendet; sie sind also als Indikatoren anerkannt. Für die Auswahl der Indikatoren wurde auch berücksichtigt, dass die Datenquelle überwiegend die amtliche Statistik ist, im Themenfeld Siedlungs- und Infrastruktur finden sich auch Berechnungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) auf der Grundlage weiterer Datenquellen. Die Indikatoren im Überblick zeigt Tabelle 1. Anschließend werden die Indikatoren in den Themenfeldern kurz beschrieben.

[3] In den Tabellen 1 und 2 im Anhang werden Datenquellen, methodische Hinweise und Interpretationshilfen dokumentiert. Eine Einbeziehung von anderen Lebensbereichen, z.B. individuelle Zufriedenheit, regionale Verbundenheit, Erholungs- und Umweltqualität, Kultur-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten, Engagement- oder zivilgesellschaftlicher Strukturen ist aufgrund fehlender kleinräumlicher und bundesweit vorliegender Daten nicht möglich.

Tabelle 1: Themenfelder und Indikatoren für gleichwertige Lebensverhältnisse im Überblick

Themenfeld	Indikator	Berechnung
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	Bruttoinlandsprodukt (BIP)	BIP je Erwerbstätigem
	Anteil Akademiker	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Abschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort
	Anteil Hochqualifizierte	Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Spezialisten und Experten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort
	Schulabgänger ohne Abschluss	Anteil Schulabgänger ohne Abschluss an allen Schulabgängern
Kommunale Leistungsfähigkeit	Schulden je Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Anteil der Schulden in den kommunalen Kernhaushalten in Prozent des BIP
	Steueraufkommen	Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner
Soziale Lage	Verfügbares Einkommen	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner
	Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen
	Mindestsicherungsleistungen	Anteil Personen im Bezug von Mindestsicherungsleistungen an den Einwohnern
	Wohngeld	Anteil der Wohngeldempfänger an den Haushalten
Siedlungs- und Infrastruktur	Bevölkerungspotenzial	Durchschnittliches regionales Bevölkerungspotenzial: Summe der theoretisch erreichbaren Tagesbevölkerung in Abhängigkeit von der Entfernung zum Wohnort
	Reisezeit zum nächsten Mittelzentrum mit dem Öffentlichen Verkehr	durchschnittliche bevölkerungsgewichtete Reisezeit im ÖV zum Stadtzentrum des nächsten Ober- oder Mittelzentrums
	Breitband 50 Mbit/s	Anteil der Haushalte mit der Möglichkeit eines Breitbandanschlusses von mindestens 50 Mbit/s
	Infrastrukturindex	Anteil Einwohner, die sowohl folgende nächst gelegenen Einrichtungen innerhalb einer fußläufigen Distanz von maximal 1000 m (Apotheke, Grundschule, Hausarzt, ÖV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag, Post, Supermarkt/ Discounter) als auch folgende Einrichtungen mit dem PKW innerhalb einer angemessenen Zeit erreichen (Krankenhaus der Grundversorgung: 30 Minuten, Sekundarschule der Stufe I oder II: 15 Minuten, Seniorenheim: 15 Minuten)
Demografische Entwicklung	Bevölkerungsentwicklung	Entwicklung der Bevölkerung (7 Jahre)
	Binnenwanderungssaldo	kumulierter Binnenwanderungssaldo (5 Jahre) je 1000 Einwohner
	Außenwanderungssaldo	kumulierter Außenwanderungssaldo (5 Jahre) je 1000 Einwohner
	Durchschnittsalter	Durchschnittliches Alter der Bevölkerung

2.1.1 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit lässt sich anhand der Wirtschaftskraft (z.B. gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem), der durchschnittlichen Qualifikation der Beschäftigten, die sich auf die Löhne und Gehälter auswirkt, sowie dem Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss beschreiben. Diese Personen sind meist weniger mobil und weisen oftmals später ein niedriges Qualifikationsniveau auf. Für die wirtschaftliche Entwicklung und die Innovationskraft einer Region ergeben sich bei einem relevanten Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss spezifische Nachteile.

2.1.2 Kommunale Leistungsfähigkeit

Eng damit verbunden ist die finanzielle kommunale Leistungsfähigkeit, die sich durch das Steueraufkommen und die kommunalen Schulden beschreiben lässt. Beides steht in engem Zusammenhang, denn das Steueraufkommen setzt zugleich den Rahmen für mögliche Tilgungen. Anders als in vielen Studien werden hier die kommunalen Schulden nicht auf die Einwohnerzahl bezogen, sondern auf die Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt), da dies den besten Hinweis auf die tatsächliche Schuldenbelastung gibt.

2.1.3 Soziale Lage

Für die privaten Haushalte hat die Wirtschaftskraft unmittelbar Auswirkungen auf das Einkommen und die Erwerbssituation. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen und die Arbeitslosenquote unterscheiden sich regional deutlich. Die soziale Lage der Haushalte zeigt sich auch an dem Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, vor allem der Leistungen nach dem SGB II (sogenannte „Hartz IV“-Leistungen) und dem Anteil der Haushalte, die zwar keine Leistungen nach SGB II, jedoch Wohngeld beziehen.

2.1.4 Siedlungs- und Infrastruktur

Die Aufrechterhaltung der Infrastrukturausstattung und des Zugangs zu dieser gilt als eine wesentliche Grundlage für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Sie steht für die Sicherung der Daseinsvorsorge und für die Schaffung von Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Lebensführung. Da Regionen unterschiedlich vom demografischen, gesellschaftlichen und technischen Wandel betroffen sind, stehen sie ungleichen Herausforderungen gegenüber. Um die derzeitige Situation abzubilden, wird als eine Messgröße die Bevölkerungszahl herangezogen, die zum Einzugsbereich eines Kreises gehört und möglicherweise Dienstleistungen oder Angebote nutzt (so genanntes Bevölkerungspotenzial). Wie weit der Wohnort von der nächst größeren Stadt entfernt ist und wie gut die Anbindung an das Internet ist, sind weitere wichtige Indikatoren für die Einschätzung der Lage der Regionen. Schließlich ist auch die Erreichbarkeit von zentralen Infrastrukturen der Nahversorgung wichtig. Hier lassen sich regionale Unterschiede vor allem bei Supermärkten, Apotheken und Hausärzten feststellen. In die Analyse einbezogen wurden auch die Entfernungen zu ÖPNV-Haltestellen, Krankenhäusern und Pflegeplätzen, Grund- und Sekundarschulen, Banken, Post und Polizei.

2.1.5 Demografische Entwicklung

Schließlich spielen demografische Faktoren eine zentrale Rolle für gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Bevölkerungsentwicklung hängt eng mit wirtschaftlicher Stärke und Attraktivität zusammen und trennt prosperierende, stagnierende und schrumpfende Regionen deutlich voneinander. Als Ergebnis einer selektiven demografischen Entwicklung leben in Regionen mit einem hohen durchschnittlichen Alter weniger junge Menschen und viele ältere Menschen. Dies zeigt sich dann in einem höheren Durchschnittsalter. Regionen mit einem hohen Durchschnittsalter haben oftmals einen Mangel an Fachkräften und Auszubildenden sowie eine geringere Innovationskraft. Schließlich zeigen Binnenwanderung (Umzüge innerhalb Deutschlands) und Außenwanderung (Zuzüge aus dem Ausland und Fortzüge in das Ausland) auf, in welche Regionen mehr Menschen zuziehen und aus welchen Regionen Menschen eher fortziehen. Die Außenwanderung wird maßgeblich von der Mobilität innerhalb der Europäischen Union, der Fachkräfteeinwanderung aus Ländern außerhalb der Europäischen Union, dem Familiennachzug und dem Flüchtlingszuzug geprägt. Die demografische Entwicklung hat daher eine große Auswirkung auf viele Fragen, die sich zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ergeben: In welchen Regionen können junge Menschen ihre Ausbildung überwiegend vor Ort machen und in welchen nicht? Welche Regionen können ihren Fachkräftebedarf decken und in welchen können Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden? In welchen leben überdurchschnittlich viele ältere Menschen und in welchen besonders viele junge Menschen?

2.1.6 Räumliche Gliederung

Als räumliche Analyseeinheit wird die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte gewählt. Dies ist die räumliche Ebene, auf der unterhalb der Landesebene relevante politische Entscheidungen getroffen und Maßnahmen zu deren Umsetzung eingeleitet werden können. Dabei sind die kreisfreien Städte und Landkreise – sowohl was die Einwohnerzahl als auch was die Fläche betrifft – sehr unterschiedlich. Der kleinste Landkreis ist mit 223 Quadratkilometern der Main-Taunus-Kreis in Hessen, der größte der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte mit 5.496 Quadratkilometern. Die Kreise[4] mit der geringsten Einwohnerzahl sind die kreisfreien Städte Zweibrücken mit 34.000, Suhl mit 35.000, Pirmasens mit 40.000, Schwabach und Coburg mit je 41.000 Einwohnern. Die größte kreisfreie Stadt ist Berlin mit derzeit 3,6 Mio. Einwohnern; sie ist damit 100-mal größer als der kleinste Kreis. Besonders die kleinen kreisfreien Städte in Bayern, Rheinland-Pfalz und Thüringen sind umgeben von Umlandkreisen, die strukturell auf die kreisfreie Stadt als Mittelzentrum bezogen sind. Diese Einheit, die auch als Kreisregion bezeichnet wird, ist in der Regel durch eine wirtschaftlich und bezüglich der Infrastruktur besser ausgestattete kreisfreie Stadt und einen infrastrukturell weniger gut ausgestatteten Umlandkreis charakterisiert.

Eine Analyse auf Ebene der Kreisregionen oder auch der Raumordnungsregionen, bei der mehrere Kreise zusammenbetrachtet werden und daher die Größenunterschiede nicht so sehr ins Gewicht fallen, hat spezifische Nachteile. Die räumlichen Abgrenzungen sind in der Bevölkerung und auch bei politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern oft nicht bekannt, auch gibt es auf diesen räumlichen Ebenen keine politisch gewählten Entscheidungsgremien. Eine Analyse auf Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände ist aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit von Daten nicht möglich.

2.1.7 Methodisches Vorgehen

Für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt wurde jeweils ein Wert pro Themenfeld berechnet. Dafür wurden die Einzelindikatoren zunächst mit einem statistischen Verfahren so transformiert, dass sie einer Normalverteilung näher kommen. Bei einigen Indikatoren lag bereits annähernd eine Normalverteilung vor.

Anschließend wurden die Indikatorenwerte standardisiert, so dass jeder Indikator einen Mittelwert von 0 und eine durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert (Standardabweichung und Varianz) von 1 aufweist. Bei einigen Indikatoren mussten zudem positive (negative) in negative (positive) Werte umgewandelt werden, damit positive (negative) Werte ihrer positiven (negativen) Interpretation entsprechen. So wurden z.B. die Werte der Indikatoren Arbeitslosigkeit und Durchschnittsalter „gedreht". Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen musste dagegen z.B. nicht verändert werden, da hier ein hoher Wert bereits eine positive Aussage beinhaltet.

Nach der Transformation und Standardisierung der Einzelindikatoren wurden aus diesen ein Durchschnittswert für das ihnen zugeordnete Themenfeld auf Ebene der Landkreise bzw. kreisfreien Städte gebildet. Entsprechend sind auch die so ermittelten Durchschnittswerte für die fünf Themenfelder annähernd normalverteilt mit einem Mittelwert von 0 und einer durchschnittlichen Abweichung vom Mittelwert von 1. Auf eine Gewichtung der Indikatoren wurde verzichtet, so dass alle Indikatoren gleichwertig in die Berechnung des Themenfeldwerts eingehen.

[4] Wenn im Folgenden der Einfachheit halber von Kreisen gesprochen wird, so sind damit Landkreise und kreisfreie Städte gemeint.

2.2 Beschreibung der regionalen Muster in den Themenfeldern

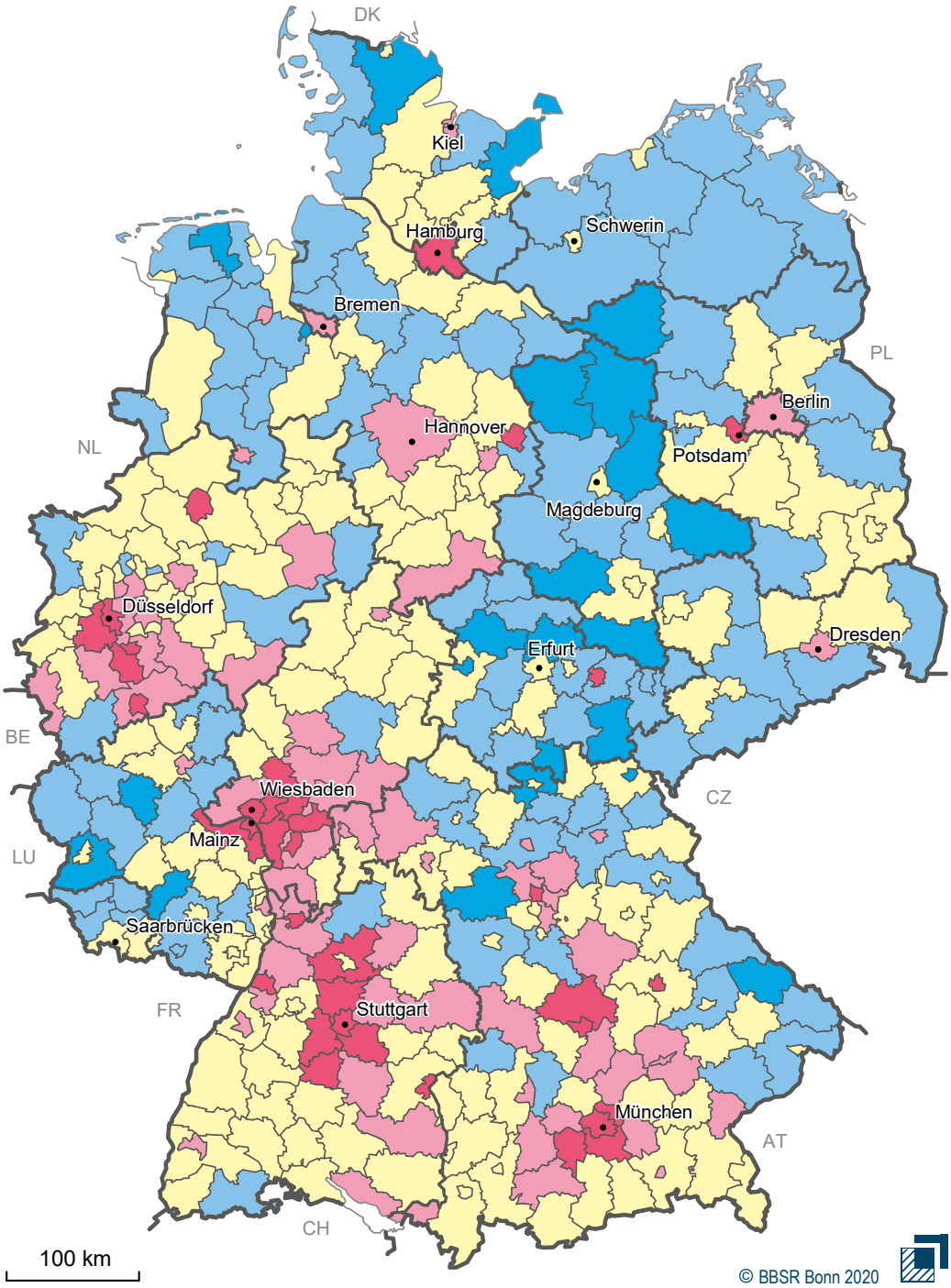
2.2.1 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird beschrieben auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, das ein zentraler Indikator für die Produktivität ist, der Berufsqualifikation der Beschäftigten (mit Hochschulabschluss, Experten und Spezialisten) sowie den Schulabgängern ohne Abschluss. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kreise ist deutlich durch ein Stadt-Land-Gefälle sowie ein Nord-Süd-Gefälle geprägt. Die Kreise mit hoher wirtschaftlicher Leistungskraft befinden sich überwiegend in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Im Norden und Osten beschränkt sich die hohe wirtschaftliche Leistungskraft auf wenige industrielle und städtische Zentren. Eine sehr hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit haben u. a. Stadt und Landkreis München sowie Starnberg, Regensburg, Ingolstadt, Erlangen und Eichstätt, der Großraum Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn und Heidelberg, das Rhein-Main-Gebiet, Bonn, Köln, Leverkusen, Düsseldorf und Münster, Wolfsburg, Hamburg, Potsdam und Jena.[5]

Unter den Kreisen mit vergleichsweise niedriger wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit befinden sich dagegen nur wenige kreisfreie Städte, u. a. Brandenburg/Havel, Gera und Eisenach, Bottrop, Hamm, Hof, Pirmasens und Bremerhaven. Ansonsten dominieren ländlich geprägte Landkreise in den östlichen Bundesländern sowie in Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die überwiegende Zahl der Kreise in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben eine vergleichsweise niedrige oder sehr niedrige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

[5] Im folgenden Text wird auf die Karten Bezug genommen. Werte von 1,0 in den Karten bedeuten, dass die Werte der einzelnen Indikatoren im Themenfeld im Durchschnitt mindestens eine Standardabweichung und damit sehr positiv vom Durchschnitt abweichen. Werte zwischen 0,4 und 1,0 bedeuten, dass die durchschnittliche positive Abweichung vom Durchschnitt immer noch sehr deutlich ist. Gleiches gilt für die negativen Werte. Die Formulierungen „gering“, „ungünstig“, „hoch“, „positiv“ und „günstig“ in der textlichen Erläuterung verweisen auf Abweichungen von 0,4 bis 1,0 vom Durchschnitt. Die Formulierungen „sehr gering“, „sehr ungünstig“, „sehr hoch“, „sehr positiv“ oder „sehr günstig“ verweisen auf Abweichungen von 1,0 und mehr vom Durchschnitt.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit



Index

- bis unter -1,0
- -1,0 bis unter -0,4
- -0,4 bis unter 0,4
- 0,4 bis unter 1,0
- 1,0 und mehr

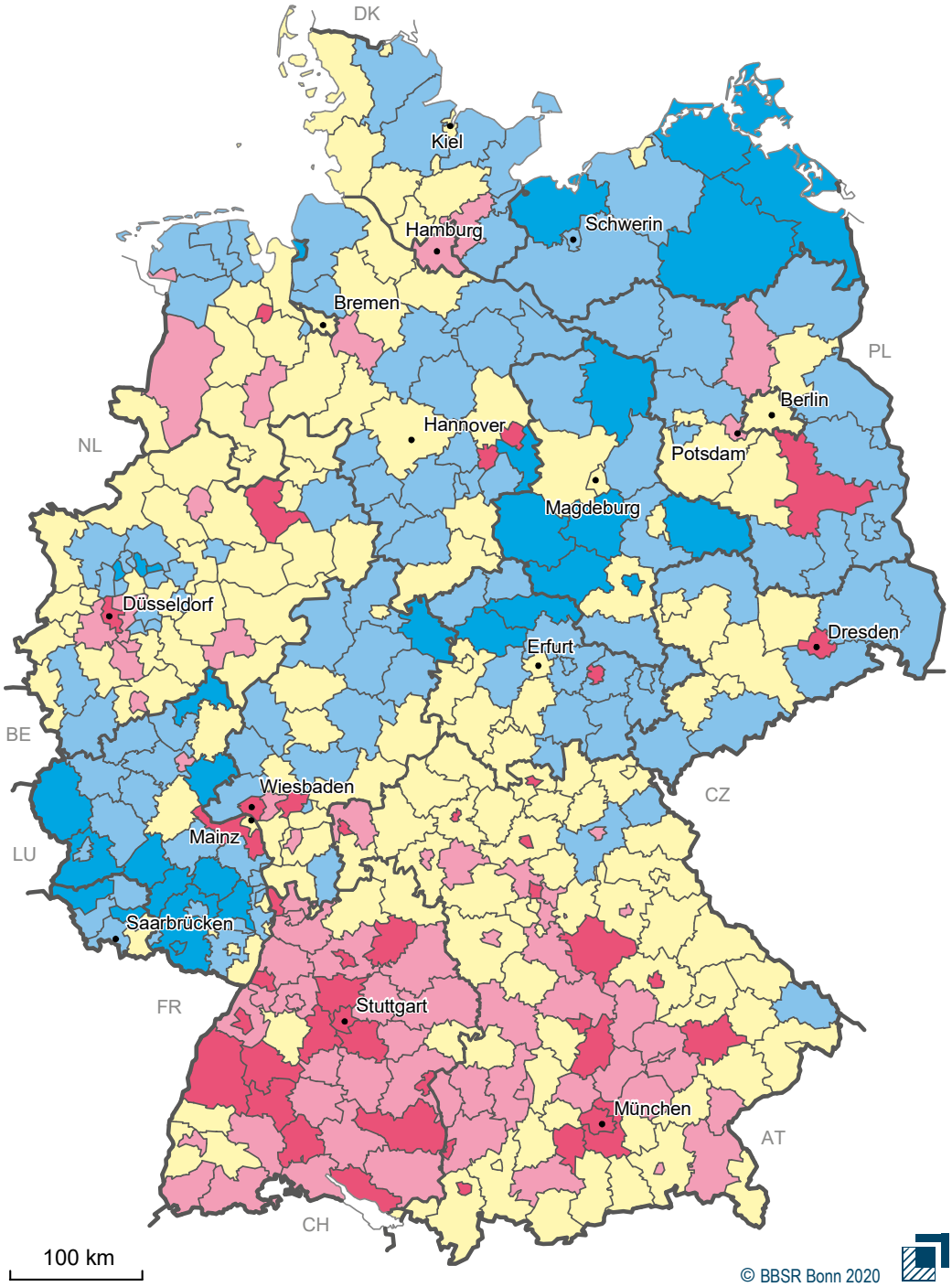
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Konzeption: BMI
Bearbeitung: A. Milbert

2.2.2 Kommunale Leistungsfähigkeit

Die kommunale Leistungsfähigkeit ergibt sich aus den kommunalen Schulden in Relation zum regionalen Bruttoinlandsprodukt und dem kommunalen Steueraufkommen pro Einwohner. Es handelt sich also um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kreise. Kreise mit hoher finanzieller Leistungsfähigkeit befinden sich überwiegend in Bayern und Baden-Württemberg, drei von vier Kreisen mit hoher oder sehr hoher finanzieller Leistungsfähigkeit liegen in diesen beiden Bundesländern. Außerhalb von Bayern und Baden-Württemberg haben nur elf Kreise eine sehr hohe finanzielle Leistungsfähigkeit: Oldenburg (Oldenburg), Frankfurt/Main und Wiesbaden, Wolfsburg und Braunschweig, Düsseldorf sowie Jena und Dresden. Außerdem haben die Landkreise Gütersloh, Mainz-Bingen und Dahme-Spreewald eine sehr hohe finanzielle Leistungsfähigkeit - letzterer, da sich dort der Flughafen Berlin Brandenburg befindet.

Jene Kreise, die nur eine geringe oder sehr geringe finanzielle Leistungsfähigkeit zeigen, liegen vor allem im Saarland und Rheinland-Pfalz, in Nord-Hessen, Nordrhein-Westfalen (v.a. Ruhrgebiet) und Niedersachsen sowie in den ostdeutschen Bundesländern. Während es sich bei den Kreisen mit hoher finanzieller Leistungsfähigkeit überwiegend um Städte handelt, liegen die Kreise mit geringerer finanzieller Leistungsfähigkeit schwerpunktmäßig in den ländlich geprägten Regionen.

Kommunale Leistungsfähigkeit



Index

- bis unter -1,0
- -1,0 bis unter -0,4
- -0,4 bis unter 0,4
- 0,4 bis unter 1,0
- 1,0 und mehr

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Konzeption: BMI
Bearbeitung: A. Milbert

2.2.3 Soziale Lage

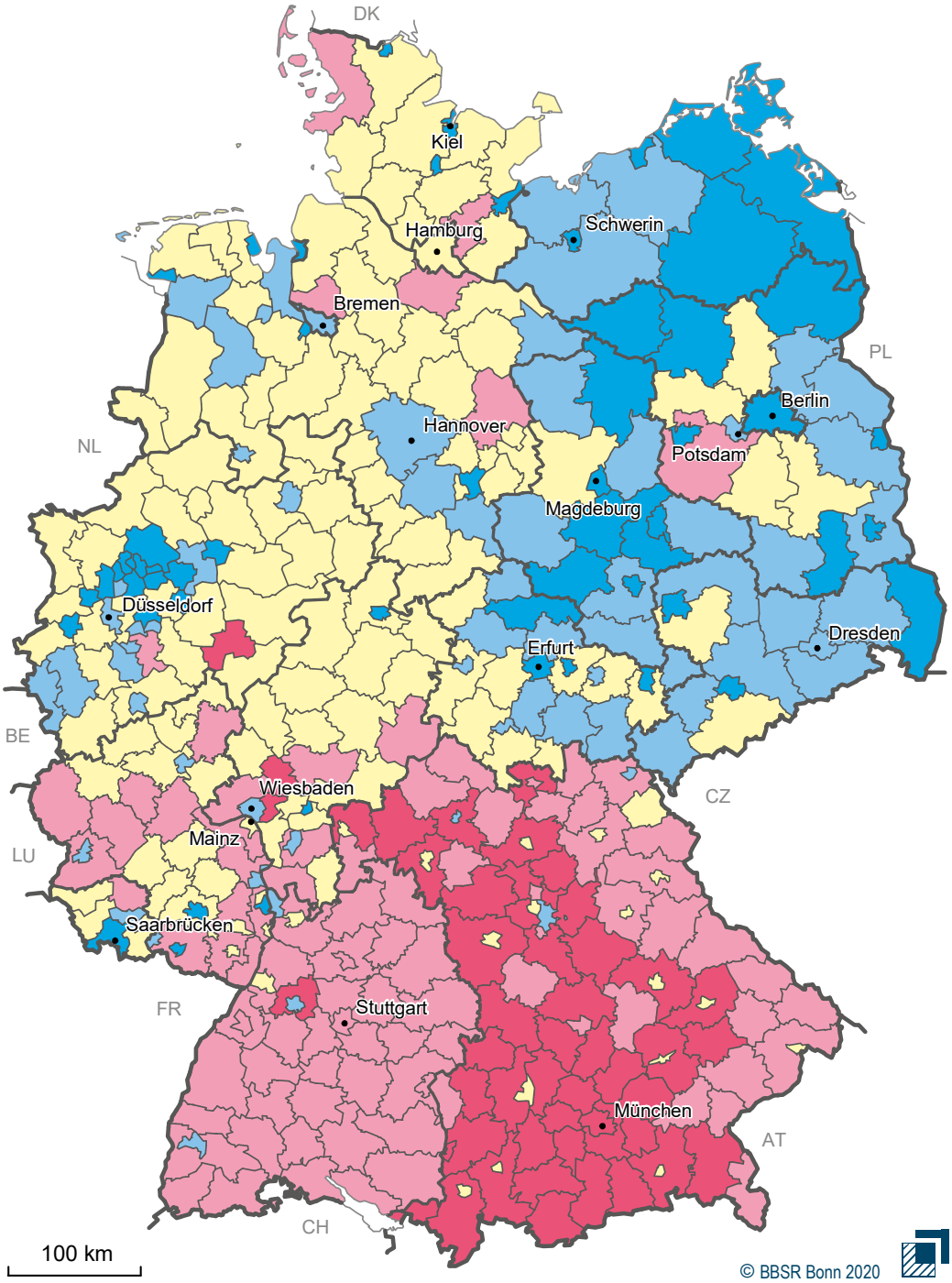
Die soziale Lage der Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland bemisst sich aus dem durchschnittlichen Einkommen pro Kopf, der Arbeitslosenquote, dem Anteil der Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen (Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG) und dem Anteil der Haushalte, die Wohngeld bekommen. Die Karte zeigt eine klare Dreiteilung Deutschlands: der Süden mit sehr günstigen Werten, der Ostteil und das Ruhrgebiet sowie unter anderem Bremen und Saarbrücken mit sehr ungünstigen Werten und der größte Teil Westdeutschlands nördlich der Mainlinie mit durchschnittlichen Werten.

Die Kreise mit der günstigsten sozialen Lage befinden sich überwiegend in Bayern und Baden-Württemberg. Hier liegen jene Kreise, deren Einwohner ein hohes Einkommen, geringe Arbeitslosigkeit und einen geringen Bezug von Mindestsicherungsleistungen und Wohngeld aufweisen. Von den 144 Kreisen mit einer günstigen sozialen Lage liegen 115 in diesen beiden Bundesländern. Das bezüglich der kommunalen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weniger günstige Rheinland-Pfalz schneidet bei der sozialen Lage vergleichsweise gut ab. Dies gilt auch für das wirtschaftlich starke südliche Hessen.

Jene Kreise mit einer ungünstigen sozialen Lage befinden sich schwerpunktmäßig in den östlichen Bundesländern und Nordrhein-Westfalen. Eine besonders ungünstige Lage haben in Nordrhein-Westfalen die Städte Gelsenkirchen, Duisburg, Herne, Hamm, Dortmund, Oberhausen, Essen, Mönchengladbach, Hagen, Krefeld, Wuppertal, Recklinghausen, Bochum und Bottrop.

In den meisten Fällen sind die Werte der kreisfreien Städte weniger günstig als jene der angrenzenden oder umliegenden Landkreise. Dies ist sehr deutlich zu sehen an Nürnberg, Schweinfurt, Pforzheim, Freiburg im Breisgau oder Trier und den an diese Städte angrenzenden Landkreisen. Aber auch die an Berlin im Norden, Westen und Süden angrenzenden Landkreise schneiden deutlich besser ab als Berlin und weite Teile der neuen Bundesländer.

Soziale Lage



Index

- bis unter -1,0
- -1,0 bis unter -0,4
- -0,4 bis unter 0,4
- 0,4 bis unter 1,0
- 1,0 und mehr

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Konzeption: BMI
Bearbeitung: A. Milbert

2.2.4 Siedlungs- und Infrastruktur

Das Themenfeld Siedlungs- und Infrastruktur bezieht folgende Indikatoren mit ein: Das Bevölkerungspotenzial wird auf der Basis der Bevölkerungszahl im Einzugsbereich gemessen und beschreibt das theoretische Potenzial an Nutzerinnen und Nutzern von Dienstleistungen oder Käuferinnen und Käufern von Waren der Wohngemeinden. Dieser Indikator wird ergänzt durch die Erreichbarkeit von Angeboten und Infrastruktureinrichtungen, so zum Beispiel von Bushaltestellen, Supermärkten, Apotheken, Hausärzten, Krankenhäusern oder Schulen. Diese Einrichtungen stellen klassische Beispiele einer guten Daseinsvorsorge dar. Weitere Indikatoren in diesem Themenfeld sind die durchschnittliche Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und die flächendeckende, leistungsstarke Breitband- und Mobilfunkversorgung für ein schnelles Internet.

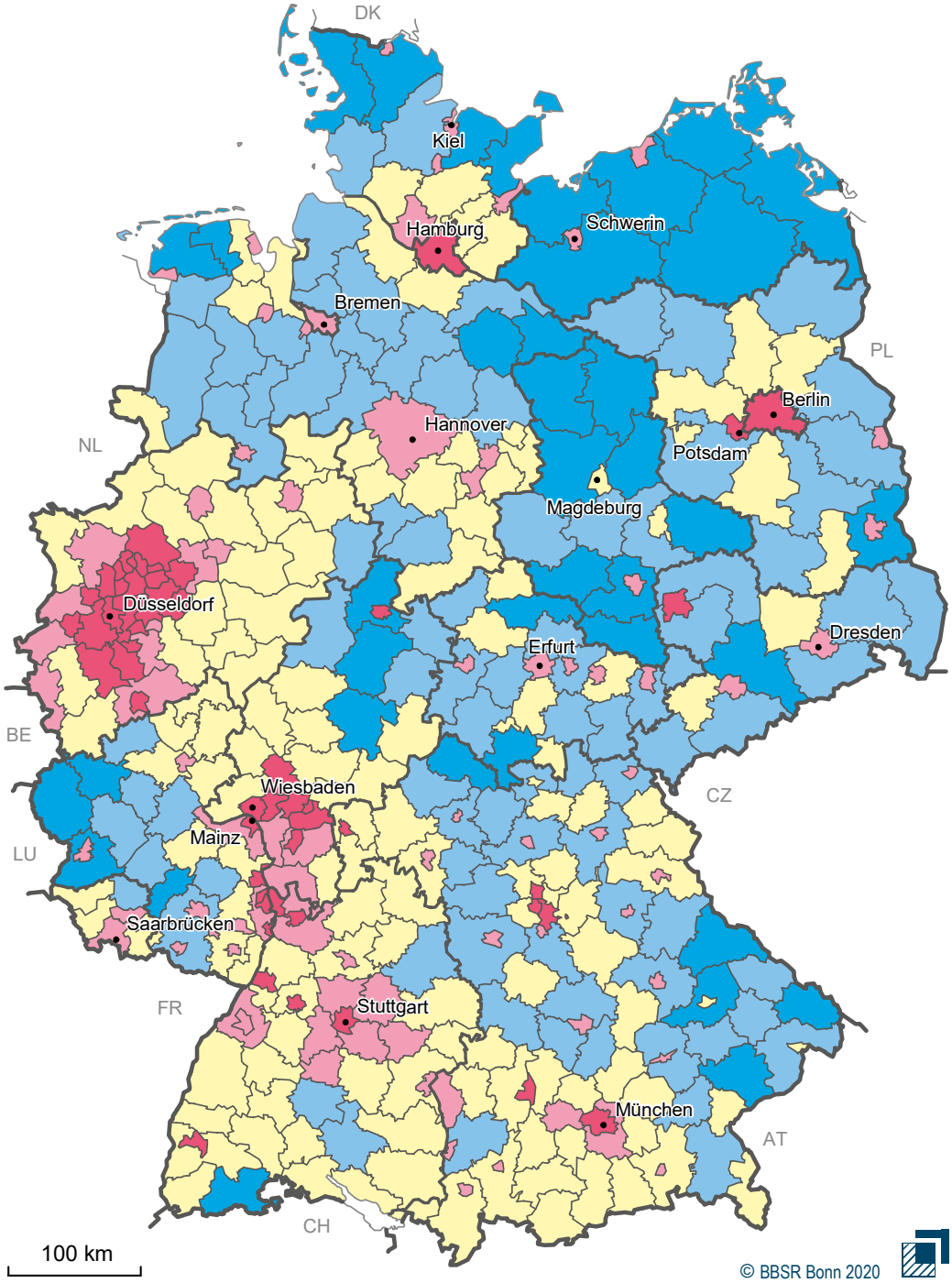
Infrastrukturausstattung, das Bevölkerungspotenzial und die Nähe zum nächsten Mittelzentrum sind insbesondere in den kreisfreien Städten und großen Agglomerationen günstig. Deutlich treten in der Karte die Großstädte und Umlandkreise an Rhein und Ruhr sowie Rhein-Main, Rhein-Neckar und der Stuttgarter Raum hervor. Weniger ausgeprägt sind die Auswirkungen der Zentren bei den Großstädten Hamburg, Berlin, Bremen, Hannover, Nürnberg und München.

In den Agglomerationen ist das Bevölkerungspotenzial hoch, je weiter ein Kreis von einer Agglomeration entfernt ist, desto geringer ist das Bevölkerungspotenzial und desto größer die Entfernung der Einwohner zum nächsten Mittelzentrum. Weniger günstig ist dort auch die Infrastrukturausstattung, insbesondere im Bereich Breitband- und Mobilfunkversorgung.[6] Viele besonders ungünstig ausgestattete Kreise befinden sich in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, in Schleswig-Holstein, im westlichen Rheinland-Pfalz, in Nordhessen und in Ostbayern. Auch andere Teile Bayerns und Niedersachsens haben eine vergleichsweise ungünstige Ausstattung. Die Karte zeigt, dass in diesem Themenfeld besonders viele periphere Landkreise eine deutlich ungünstige Situation haben und dass Deutschland bei den hier verwendeten Merkmalen besonders stark auseinanderfällt.

---

[6] Für weitere Details vgl. hierzu auch den Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur; https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/Digitales/bericht-zum-breitbandatlas-ende-2019-ergebnisse.pdf?__blob=publicationFile

Siedlungs- und Infrastruktur



Index

- bis unter -1,0
- -1,0 bis unter -0,4
- -0,4 bis unter 0,4
- 0,4 bis unter 1,0
- 1,0 und mehr

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Konzeption: BMI
Bearbeitung: A. Milbert

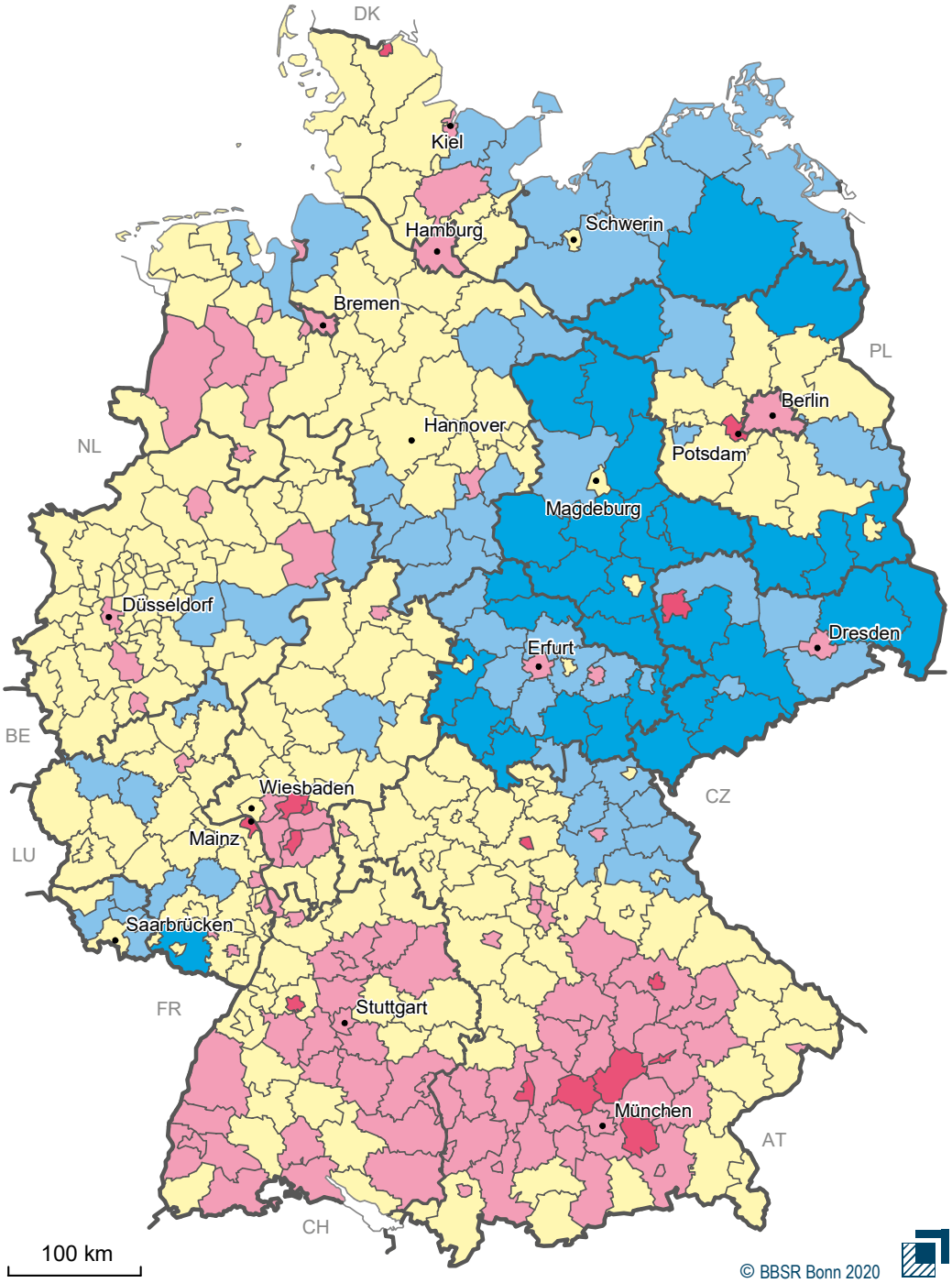
2.2.5 Demografische Entwicklung

Beim Themenfeld demografische Entwicklung fließen die Indikatoren Bevölkerungsentwicklung, Binnenwanderungssaldo (Wanderungsgewinn bzw. -verlust innerhalb Deutschlands), Außenwanderungssaldo (Wanderungsgewinn mit dem Ausland) und Durchschnittsalter mit ein. Auch hier zeigen sich günstige Werte vor allem in Bayern und Baden-Württemberg sowie in vielen prosperierenden städtischen Zentren. Die ungünstigen Werte sind dagegen eher in den ländlichen Kreisen in Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Neben dem Unterschied zwischen den südlichen und den östlichen Bundesländern lässt sich ein starkes Gefälle zwischen Städten und ländlichen Kreisen feststellen.

Die günstigsten Werte haben die fünfzehn Kreise Pforzheim, Augsburg, Bamberg, Regensburg, Landshut, Freising, Dachau, Ebersberg, Potsdam, Offenbach am Main, Darmstadt, Frankfurt am Main, Mainz, Leipzig und Flensburg. Die meisten anderen Kreise mit vergleichsweise günstiger demografischer Entwicklung liegen in Bayern und Baden-Württemberg, darüber hinaus auch in Südhessen und im Rheinland. Auch Hamburg, Bremen, Berlin, Dresden, Jena und Erfurt weisen eine günstige demografische Entwicklung auf.

Die ungünstigsten Werte lassen sich neben der Westpfalz in den östlichen Bundesländern, und hier schwerpunktmäßig in Sachsen-Anhalt finden. Die meisten Städte in den östlichen Bundesländern wie auch das Berliner Umland heben sich positiv von der demografischen Entwicklung in den anderen Teilen Ostdeutschlands ab. Das nordöstliche Bayern (Oberpfalz und Oberfranken), das Saarland sowie das südliche Niedersachsen, Ostfriesland und die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Uelzen treten ebenfalls durch eine ungünstige demografische Entwicklung hervor. Neben den Stadtstaaten hat nur Baden-Württemberg keinen Kreis mit einer ungünstigen demografischen Entwicklung.

Demografische Entwicklung



Index

- bis unter -1,0
- -1,0 bis unter -0,4
- -0,4 bis unter 0,4
- 0,4 bis unter 1,0
- 1,0 und mehr

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Konzeption: BMI
Bearbeitung: A. Milbert

2.3 Vergleich der regionalen Muster anhand der Korrelationen der fünf Themenfelder

Da in den Karten zu den Themenfeldern vermeintlich ähnliche regionale Muster auftreten, muss geprüft werden, welchen statistischen Zusammenhang die einzelnen Themenfelder untereinander haben. Zum Beispiel haben viele Regionen mit geringer kommunaler Leistungsfähigkeit auch eine geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Daher war die Stärke des Zusammenhangs zu prüfen, und wie sehr sich von den Werten in einem Themenfeld bereits auf die Werte in einem anderen Themenfeld schließen lässt.

Statistisch wird die Stärke des Zusammenhangs anhand der Korrelation zwischen zwei Variablen gemessen. Bei einem Korrelationskoeffizienten von 1 wären die Werte zweier Themenfelder identisch, bei einem Korrelationskoeffizienten von 0 besteht kein statistischer Zusammenhang. Ein sehr starker statistischer Zusammenhang wird bei Korrelationskoeffizienten von 0,7 und höher angenommen, bei Korrelationskoeffizienten von 0,2 und niedriger besteht nur ein sehr schwacher statistischer Zusammenhang. Ein negativer Wert verweist auf einen umgekehrten Zusammenhang.

Tabelle 2: Korrelation der Werte der fünf Themenfelder untereinander

Statistische Korrelationen der Themenfelder	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	Kommunale Leistungsfähigkeit	Soziale Lage	Siedlungs- und Infrastruktur	Demografische Entwicklung
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	1	0,68	0,22	0,62	0,60
Kommunale Leistungsfähigkeit	0,68	1	0,44	0,39	0,59
Soziale Lage	0,22	0,44	1	-0,19	0,30
Siedlungs- und Infrastruktur	0,62	0,39	-0,19	1	0,53
Demografische Entwicklung	0,60	0,59	0,30	0,53	1

Tabelle 2 zeigt, dass der stärkste statistische Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und der kommunalen Leistungsfähigkeit der Kreise besteht (Korrelationskoeffizient von 0,68). Inhaltlich lässt sich dieser Zusammenhang durch die Steuereinnahmen erklären, die bei hoher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit hoch, bei niedriger Leistungsfähigkeit niedrig sind. Dennoch besteht kein absoluter Zusammenhang. So gibt es auch viele Fälle, in denen wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit auseinanderfallen.

Die Tabelle zeigt auch, dass der schwächste statistische Zusammenhang zwischen der Siedlungs- und Infrastruktur und der sozialen Lage (Korrelationskoeffizient von -0,19) sowie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der sozialen Lage besteht (Korrelationskoeffizient von 0,22). Dies bedeutet, dass man von der Siedlungs- und Infrastruktur oder der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Kreises nicht auf Arbeitslosigkeit, Einkommen und Transferleistungsbezug in einem Kreis schließen kann. Es gibt also einerseits viele Kreise mit einer geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und einer schwierigen sozialen Lage, andererseits jedoch auch Kreise mit einer hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und einer dennoch ungünstigen sozialen Situation. Darüber hinaus weist die soziale Lage von allen fünf Themenfeldern auch den geringsten statistischen Zusammenhang mit den anderen Themenfeldern auf.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Siedlungs- und Infrastruktur (Korrelationskoeffizient von 0,62) sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und demografische Entwicklung (Korrelationskoeffizient von 0,60) weisen dagegen stärkere Zusammenhänge auf, wie auch die demografische Entwicklung und die kommunale Leistungsfähigkeit (Korrelationskoeffizient von 0,59). Es gibt also durchaus Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Themenfeldern, doch ergeben sich jeweils abweichende Werte in den Kreisen und damit auch unterschiedliche räumliche Muster.

Im folgenden Kapitel soll nun dargestellt werden, welche regionalen Muster die Zusammenschau der fünf Themenfelder ergeben.

3. Typisierung der Landkreise und kreisfreien Städte nach strukturstarken, durchschnittlichen und strukturschwachen Kreisen

Für die Messung gleichwertiger Lebensverhältnisse wurden in diesem Bericht die Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland anhand der fünf Themenfelder wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, kommunale Leistungsfähigkeit, soziale Lage, Siedlungs- und Infrastruktur sowie demografische Entwicklung dargestellt. Diese Darstellung hat die ungleichen Situationen und Lebensverhältnisse in den Landkreisen und kreisfreien Städten in den ausgewählten Themenfeldern verdeutlicht. Erkennbar wird ein Gefälle von Süd nach Nord, von West nach Ost und von der Stadt zum ländlichen Raum.

Die Bundesregierung hat bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht nur städtische oder ländliche Regionen, sondern das ganze Land in seiner Vielfalt im Blick. Daher ist es ein zentrales Anliegen des Berichts, anhand der ausgewählten Indikatoren aufzuzeigen, welche strukturstarken Kreise in Deutschland das wirtschaftliche Zentrum des Landes darstellen, welche Kreise die stabile und starke Mitte in Deutschland verkörpern, und welche Kreise vergleichsweise strukturschwach sind und Unterstützung benötigen. Die hier liegenden Kreise müssen befähigt werden aufzuschließen, Strukturen in den Kreisen zu verbessern und den Menschen vor Ort neue Perspektiven zu eröffnen.

3.1 Methode der Typisierung

Im Folgenden wird eine Typisierung vorgenommen, die berücksichtigt, ob bei den oben dargestellten Themenfeldern in den Kreisen eine positive oder eine negative Abweichung vom Durchschnitt überwiegt. Eine stärkere negative Abweichung bei der Mehrzahl der fünf Themenfelder würde strukturschwache Kreise definieren, eine stärkere positive Abweichung bei der Mehrzahl der fünf Themenfelder strukturstarke Kreise. Die Typisierung geht davon aus, dass abweichende Werte in ein oder zwei Themenfeldern in den meisten Kreisen vorkommen, aber für die Einschätzung weniger von Bedeutung sind als die Mehrzahl der fünf Themenfelder, die deutlich in eine Richtung weisen. Das heißt, eine gute Infrastrukturausstattung bei zugleich enormen Problemen, z.B. bei der demografischen Entwicklung, der sozialen Lage und der kommunalen Leistungsfähigkeit ist bei der Typisierung nicht ausschlaggebend, wie auch eine schlechte soziale Lage bei guter wirtschaftlicher und kommunaler Leistungsfähigkeit und positiver demografischer Entwicklung nicht den Ausschlag für die Zuordnung zu einem Typ gibt. Die Unterscheidung der Typen basiert auf der sogenannten Standardabweichung, d.h. der mittleren Abweichung vom Durchschnitt bei einer gleichförmigen Verteilung. Durch eine Standardisierung und Transformation der Werte werden die Indikatoren und Themenfelder miteinander vergleichbar.

3.2 Typisierung

Um die Muster der Ungleichheiten zwischen den Kreisen in Deutschland herauszuarbeiten, wurden die Ergebnisse der fünf Themenfelder in einer Typisierung zusammengeführt.

Strukturstark: Kreise, die in mindestens drei der fünf Themenfelder eine deutlich positive Abweichung vom Durchschnitt aufweisen (mehr als 0,4 der Standardabweichung), werden als strukturstark bezeichnet. Unter diesen strukturstarken Kreisen gibt es sogar Kreise, bei denen die Werte in allen fünf Themenfeldern deutlich abweichen, oder aber in vier Themenfeldern, davon zwei mit einer sehr starken positiven Abweichung (mehr als die Standardabweichung von 1,0) oder in drei Themenfeldern eine sehr starke positive Abweichung aufweisen. Diese Kreise werden als „besonders strukturstark" bezeichnet. Insgesamt ist ein Viertel der Kreise in Deutschland strukturstark, und 37,5 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben in strukturstarken Kreisen.

Strukturschwach: Kreise, die in mindestens drei der fünf Themenfelder eine deutlich negative Abweichung vom Durchschnitt aufweisen (mehr als 0,4 der Standardabweichung), werden als strukturschwach bezeichnet. Unter diesen strukturschwachen Kreisen gibt es wiederum Kreise, bei denen die Werte in allen fünf Themenfeldern deutlich abweichen, oder aber in vier Themenfeldern, davon zwei mit einer sehr starken negativen Abweichung (mehr als die Standardabweichung von 1,0) oder in drei Themenfeldern eine sehr starke negative Abweichung aufweisen. Diese Kreise werden als „besonders strukturschwach" bezeichnet. Ein knappes Viertel der Kreise in Deutschland ist strukturschwach. Dabei handelt es sich jedoch um Kreise, die in der Regel eine geringere Bevölkerungszahl aufweisen. Daher leben nur 14,5 Prozent der Bevölkerung in strukturschwachen Kreisen.

Durchschnittlich: Gut die Hälfte aller Kreise können weder als strukturstark noch als strukturschwach bezeichnet werden. Hier sind in den meisten Themenfeldern die Abweichungen vom Durchschnitt geringer. Gleichwohl lässt sich auch hier unterscheiden, ob die Abweichungen überwiegend positiv sind oder die Werte in den Themenfeldern eher negativ abweichen. Liegen in drei der fünf Themenfelder die Werte im positiven Bereich, werden die Kreise als „überdurchschnittlich" bezeichnet, liegt die Abweichung in diesen drei Themenfeldern nicht über 0,2 der Standardabweichung und damit sehr nah am Durchschnitt, werden die Kreise als „leicht überdurchschnittlich" bezeichnet. Liegen die Werte in den fünf Themenfeldern überwiegend im negativen Bereich, werden die Kreise als „unterdurchschnittlich" benannt. Beträgt die Abweichung bei drei Themenfeldern nicht mindestens 0,2 der Standardabweichung, werden sie als „leicht unterdurchschnittlich" bezeichnet.

Aus dieser Vorgehensweise ergeben sich insgesamt acht Typen für strukturstarke, durchschnittliche und strukturschwache Kreise (siehe Tabelle 3).

Für die besonders strukturstarken und die besonders strukturschwachen Kreise wurden also je drei unterschiedliche Konstellationen ausgewählt, die es ermöglichen, eine herausgehobene Situation darzustellen. Von der Anzahl her sind dies nur wenige Kreise, die eine besonders starke Abweichung vom Durchschnitt aufweisen. Die Mehrzahl der 401 Kreise liegt im durchschnittlichen Bereich.

Tabelle 3: Typen strukturstarker, durchschnittlicher und strukturschwacher Kreise

Strukturtypen	Typen	Definition
Strukturstark	Besonders strukturstark	alle fünf Themenfelder haben positive Werte, die über 0,4 der Standardabweichung liegen oder zwei der Themenfelder haben positive Werte, die über 1,0 und zwei positive Werte, die über 0,4 der Standardabweichung liegen, oder aber mindestens drei der fünf Themenfelder haben positive Werte, die über 1,0 der Standardabweichung liegen.
	Strukturstark	mindestens drei der fünf Themenfelder haben positive Werte, die über 0,4 der Standardabweichung liegen.
Durchschnittlich	Überdurchschnittlich	mindestens drei der fünf Themenfelder haben positive Werte, die über 0,2 der Standardabweichung liegen.
	Leicht überdurchschnittlich	mindestens drei der fünf Themenfelder haben positive Werte.
	Leicht unterdurchschnittlich	mindestens drei der fünf Themenfelder haben negative Werte.
	unterdurchschnittlich	mindestens drei der fünf Themenfelder haben negative Werte, die über 0,2 der Standardabweichung liegen.
Strukturschwach	Strukturschwach	mindestens drei der fünf Themenfelder haben negative Werte, die über 0,4 der Standardabweichung liegen.
	Besonders strukturschwach	alle fünf Themenfelder haben negative Werte, die über 0,4 der Standardabweichung liegen oder zwei der Themenfelder haben negative Werte, die über 1,0 und zwei negative Werte, die über 0,4 der Standardabweichung liegen, oder aber mindestens drei der fünf Themenfelder haben negative Werte, die über 1,0 der Standardabweichung liegen.

3.3 Strukturstarke, durchschnittliche und strukturschwache Kreise in Deutschland

3.3.1 Strukturstarke Kreise

Ein Viertel aller Kreise in Deutschland kann als strukturstark bewertet werden. In mindestens drei der fünf Themenfelder – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, kommunale Leistungsfähigkeit, soziale Lage, Siedlungs- und Infrastruktur sowie demografische Entwicklung – kann eine deutlich positive Abweichung vom Durchschnitt der Kreise festgestellt werden.

Vier von fünf dieser Kreise befinden sich in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. In diesen Bundesländern ist fast die Hälfte aller Kreise strukturstark. Von den strukturstarken Kreisen befinden sich dagegen nur vier in den östlichen Bundesländern (Berlin, Potsdam, Jena, Dresden). In der Karte wird die starke Konzentration der Kreise auf die südlichen Bundesländer und das starke Gefälle gegenüber dem Norden und Osten Deutschlands deutlich.

Unter den strukturstarken Kreisen gibt es 36, die besonders strukturstark sind. Diese vereinen Wirtschaftskraft, eine gute kommunale Leistungsfähigkeit, eine positive demografische Entwicklung und in der Regel eine stabile soziale Lage. Dies sind zum Beispiel Stuttgart, Ulm, Böblingen, Tübingen, Erlangen, Ingolstadt, Augsburg, München, Bonn, Köln, Düsseldorf, Darmstadt, Frankfurt/Main, Wiesbaden, Potsdam und Hamburg. Viele dieser Städte erleben im letzten Jahrzehnt ein starkes Bevölkerungswachstum, das oftmals auch mit Engpässen auf dem Wohnungsmarkt, überforderter Verkehrsinfrastruktur und Angebotsknappheit bei der sozialen Infrastruktur (z.B. Kindertageseinrichtungen) verbunden ist. Zu diesem Typ gehören auch von Wohlstand geprägte und sehr prosperierende Landkreise im Umland der oben genannten Städte wie Esslingen, Starnberg, Eichstätt, Pfaffenhofen/Ilm und der Main-Taunus-Kreis.

Die strukturstarken Kreise tragen mit ihrer Wirtschaftskraft wesentlich zum Wohlstand in Deutschland bei. Ein gutes Drittel der Bevölkerung Deutschlands lebt in diesen Kreisen. Die hier liegenden Städte und Gemeinden haben eine hohe Lebensqualität und eine unvermindert hohe Anziehungskraft. Im Folgenden werden nun beispielhaft vier strukturstarke Landkreise und kreisfreie Städte vorgestellt.

Stadt Rosenheim

Die kreisfreie Stadt Rosenheim mit 63.000 Einwohnern liegt im Regierungsbezirk Oberbayern. Die Stadt Rosenheim gehört den strukturstarken Kreistypen, der sie umgebende Landkreis Rosenheim der Kategorie „überdurchschnittlich“ an. Rosenheim hat in allen fünf Themenfeldern positive Werte, wobei die Siedlungs- und Infrastruktur besonders positiv sind und die soziale Lage weniger gut ist. Von allen 18 Indikatoren weisen 15 überdurchschnittlich gute Werte auf.

Das Bruttoinlandsprodukt von Erwerbstätigen[7] erreichte in Rosenheim im Jahr 2017 leicht unterdurchschnittliche 65.574 Euro, jedoch gab es mit 16% Akademikern und 26,4% Spezialisten und Experten unter den am Ort sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein hohes Qualifikationsniveau. Der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss lag in den Jahren 2017 und 2018 mit 6,0% unter dem Durchschnitt. Die kommunalen Schulden betrugen 2017 „nur“ das 2,5-fache des BIP und das Steueraufkommen war 2018 mit 1.498 Euro pro Einwohner vergleichsweise hoch.

Das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Einwohner lag 2017 mit 23.259 Euro über dem Durchschnitt der Kreise. Die Arbeitslosenquote und der Anteil der Personen, die Mindestsicherungsleistungen bezogen, waren 2018 mit 4,1% bzw. 6,9% unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Wohngeldempfänger betrug 2018 14,2% und lag damit über dem Durchschnitt der Kreise.

Im Themenfeld Siedlungs- und Infrastruktur sind die Werte für Rosenheim besonders positiv. Das Bevölkerungspotenzial, also die Summe der theoretisch erreichbaren Tagesbevölkerung in Abhängigkeit von der Entfernung zum Wohnort, umfasste 2018 304.000 Personen, die Erreich-

[7] In den Beschreibungen der Daten für die Beispielkreise wird wegen der besseren Lesbarkeit durchweg nur die männliche Form verwendet.

barkeit des Stadtzentrums (als nächstes Mittelzentrum) war mit durchschnittlich 11,6 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut, 100% der Haushalte hatten 2019 die Möglichkeit für einen Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/s und 64,2% der Einwohner konnten die wichtigsten Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen bestens erreichen.

Auch im Bereich der demografischen Entwicklung liegen die Werte aller Indikatoren deutlich im positiven Bereich. Die Bevölkerungsentwicklung zwischen 2011 und 2018 war mit einem Zuwachs von 6,4% positiv, der Binnenwanderungssaldo wie auch der Außenwanderungssaldo waren überdurchschnittlich und das Durchschnittsalter 2018 mit 42,5 Jahren im Jahr 2018 vergleichsweise niedrig.

Kreis Mettmann
Der Kreis Mettmann mit der gleichnamigen Kreisstadt liegt im Westen Nordrhein-Westfalens zwischen Düsseldorf, Essen, Wuppertal und Leverkusen. Er hat 486.000 Einwohner und gehört zu den strukturstarken Kreisen. Kennzeichnend sind die starke wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit und die günstige Siedlungs- und Infrastruktur. Die soziale Lage ist dagegen durchschnittlich und die demografische Entwicklung leicht negativ. Von den 18 Indikatoren weisen 11 positive Werte auf.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem lag 2017 mit 78.364 Euro deutlich über dem Durchschnitt der Kreise, das Qualifikationsniveau der Beschäftigten bezüglich des Akademikeranteils (16,0%) und des Anteils von Spezialisten und Experten (28,6%) im Jahr 2018 sehr hoch. In den Jahren 2017 und 2018 verließen lediglich 5,1% der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Die kommunalen Schulden der Gemeinden im Kreis lagen 2017 beim 3,5-fachen des BIP und damit noch unter dem Durchschnitt aller Kreise in Deutschland. Das Steueraufkommen war 2018 mit 1.965 Euro pro Einwohner vergleichsweise hoch.

Weniger positiv ist die soziale Lage im Kreis. Während das verfügbare Einkommen mit 25.447 Euro pro Einwohner 2017 relativ hoch war, lagen die Arbeitslosenquote (5,8%), der Anteil von Empfängern von Mindestsicherungsleistungen (9,7%) und von Wohngeldempfängern (13,4%) im Jahr 2018 ebenfalls über dem Durchschnitt.

Positiv hervorzuheben ist das große Bevölkerungspotenzial des Landkreises (1,7 Mio. Personen), das sich unter anderem in einem hohen Einzugsbereich für Auspendler und Einpendler bemerkbar macht. Die Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums betrug im Durchschnitt lediglich 14,5 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, 94,1% der Haushalte hatten 2019 Zugang zu einem Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/s und 65,7% der Bevölkerung konnten die wichtigsten Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen gut erreichen. Die Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 2011 bis 2018 war mit einem Zuwachs von 1,6% unterdurchschnittlich, wobei der Binnenwanderungssaldo zwischen 2014 und 2018 überdurchschnittlich und der Außenwanderungssaldo unterdurchschnittlich ausfiel. Das Durchschnittsalter lag 2018 mit 45,3 Jahren etwas höher als im Durchschnitt der Kreise.

Landkreis Böblingen
Der Landkreis Böblingen liegt südlich von Stuttgart in Baden-Württemberg und hat 392.000 Einwohner. Er ist Sitz vieler internationaler Unternehmen im Bereich der Metall- und Elektroindustrie und gehört zu den besonders strukturstarken Kreisen. Hervorzuheben sind die ausgesprochen hohe wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit. Auch bei den Themenfeldern soziale Lage, Siedlungs- und Infrastruktur sowie demografische Entwicklung liegen die Werte weit über dem Durchschnitt der Kreise. Lediglich bei einem der 18 ausgewerteten Indikatoren liegen unterdurchschnittliche Werte vor.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem lag im Landkreis Böblingen 2017 bei 109.283 Euro, 22,7% der Beschäftigten waren 2018 Akademiker, 34,8% Spezialisten und Experten. Der Anteil der Personen, die in den Jahren 2017 und 2018 die Schule ohne Abschluss verlassen haben, lag mit 7,7% allerdings auch über dem Durchschnitt der Kreise. Die kommunalen Schulden beliefen sich 2017 auf 80% des Bruttoinlandsprodukts, das Steueraufkommen lag 2018 bei 1.737 Euro pro Kopf.

Die durchschnittlichen Einkommen waren im Jahr 2017 mit 25.031 Euro rund 2.600 Euro über dem Durchschnitt der Kreise, die Arbeitslosenquote und der Anteil der Personen, die auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen waren, im Jahr 2018 mit 2,8 und 4,4% äußerst niedrig und nur 7,5% der Einwohner bezogen Wohngeld.

Das Bevölkerungspotenzial war 2018 mit 771.000 Personen sehr hoch, die Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums im Durchschnitt in 19,6 Minuten gegeben, 95,2% aller Haushalte hatten 2019 Zugang zu einem Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s und 66,4% der Einwohner konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen gut erreichen. Die Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 2011 bis 2018 (+7,5%) sowie Binnen- und Außenwanderungssaldo waren ausgesprochen hoch und das Durchschnittsalter 2018 mit 42,7 Jahren vergleichsweise niedrig.

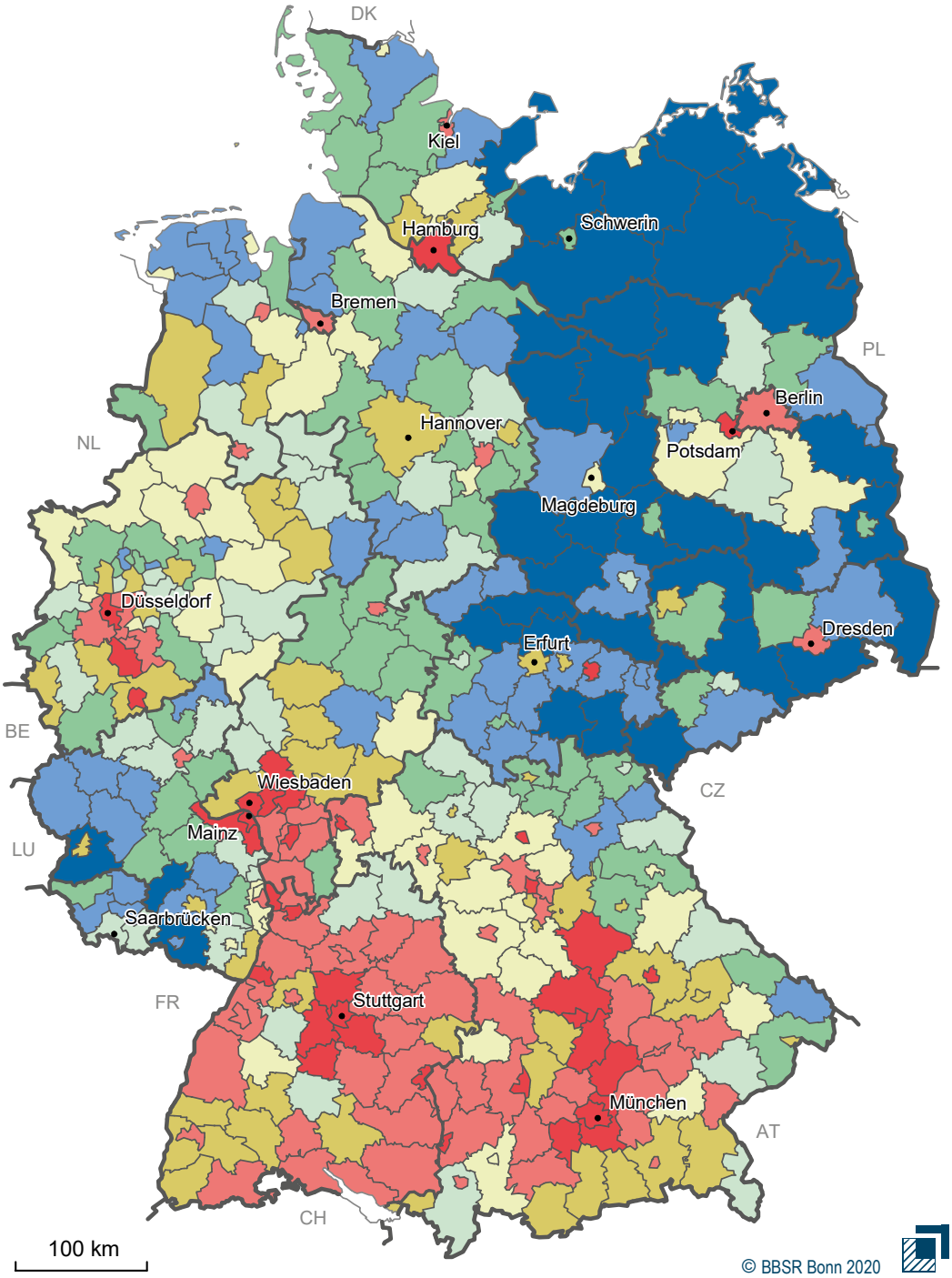
Stadt Jena
Die kreisfreie Stadt Jena liegt im Freistaat Thüringen und hat 111.000 Einwohner. Jena ist Zentrum der optischen Industrie und zählt zu den besonders strukturstarken Kreisen. Die wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit ist sehr hoch und auch in den Themenfeldern Siedlungs- und Infrastruktur sowie demografische Entwicklung weist Jena günstige Werte auf. 12 der 18 Indikatoren weisen überdurchschnittlich gute Werte auf.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen war mit 65.004 Euro im Jahr 2017 zwar unterdurchschnittlich, der Anteil der Akademiker sowie der Spezialisten und Experten 2018 jedoch hoch (32,5% und 38,4%). Nur 4,0% der Schulabgänger in den Jahren 2017 und 2018 hatten keinen Abschluss. Der Schuldenstand der Stadt lag 2017 bei nur 45% des BIP und das Steueraufkommen pro Kopf betrug 2018 1.284 Euro und war damit überdurchschnittlich.

Die soziale Lage in Jena ist jedoch schwierig. Das durchschnittliche verfügbare Einkommen lag 2018 mit 18.534 Euro knapp 4.000 Euro unter dem Durchschnitt, die Arbeitslosigkeit war mit 5,6% überdurchschnittlich. Zwar erhielten nur 7,2% der Personen Mindestsicherungsleistungen, jedoch 20,6% Wohngeld.

Das Bevölkerungspotenzial der Stadt war 2018 mit 270.000 Menschen niedrig, die Erreichbarkeit mit durchschnittlich 14,5 Minuten ins Zentrum gut. 71,3% der Bewohner konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen gut erreichen und 97,9% aller Haushalte hatten 2019 Zugang zu einem Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s. Die Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 2011 bis 2018 war mit 4,7% Zuwachs sehr positiv, der Binnenwanderungssaldo in den Jahren 2014 bis 2018 überdurchschnittlich, der Außenwanderungssaldo leicht unterdurchschnittlich und das Durchschnittsalter mit 42 Jahren vergleichsweise niedrig.

Typisierung



Typisierung

- besonders strukturstark
- strukturstark
- überdurchschnittlich
- leicht überdurchschnittlich
- leicht unterdurchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- strukturschwach
- besonders strukturschwach

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Konzeption: BMI
Bearbeitung: A. Milbert

Tabelle 4: Anzahl Kreise in den Bundesländern[8]

Bundesland	strukturstark	durch-schnittlich	struktur-schwach	Gesamtzahl Kreise
Baden-Württemberg	31	13		44
Bayern	38	55	3	96
Berlin	1			1
Brandenburg	1	7	10	18
Bremen	1		1	2
Hamburg	1			1
Hessen	11	14	1	26
Mecklenburg-Vorpommern		2	6	8
Niedersachsen	3	29	13	45
Nordrhein-Westfalen	8	41	4	53
Rheinland-Pfalz	4	21	11	36
Saarland		3	3	6
Sachsen	1	5	7	13
Sachsen-Anhalt		3	11	14
Schleswig-Holstein	1	11	3	15
Thüringen	1	5	17	23
Insgesamt	102	209	90	401
Darunter östliche Bundesländer	4	22	51	77

Tabelle 5: Bevölkerungsanteile der Kreistypen in den Bundesländern[9]

Bundesland	strukturstark	durch-schnittlich	struktur-schwach	Anteil an der Bevölkerung
Baden-Württemberg	80,0	20,0		13,3
Bayern	52,9	45,1	2,0	15,8
Berlin	100,0			4,4
Brandenburg	7,1	48,1	44,8	3,0
Bremen	83,4		16,6	0,8
Hamburg	100,0			2,2
Hessen	50,9	47,4	1,7	7,5
Mecklenburg-Vorpommern		18,9	81,1	1,9
Niedersachsen	7,3	73,2	19,5	9,6
Nordrhein-Westfalen	20,8	75,9	3,3	21,6
Rheinland-Pfalz	17,5	58,1	24,4	4,9
Saarland		58,1	41,9	1,2
Sachsen	13,6	40,5	45,9	4,9
Sachsen-Anhalt		25,3	74,7	2,7
Schleswig-Holstein	8,5	73,2	18,3	3,5
Thüringen	5,2	22,4	72,5	2,6
Insgesamt	37,5	47,9	14,5	100,0
Darunter östliche Bundesländer	27,7	26,0	46,3	19,5

[8] Siehe auch Tabelle 3 im Anhang mit den Werten für alle acht Kreistypen

[9] Siehe auch Tabelle 4 im Anhang mit den Werten für alle acht Kreistypen

3.3.2 Durchschnittliche Kreise

Mehr als die Hälfte der Kreise liegt bezüglich der Werte in den fünf Themenfeldern überwiegend nah am Durchschnitt. Diese Kreise stellen das stabile und wirtschaftlich starke Mittelfeld Deutschlands dar. Hier lebt knapp die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands. Es handelt sich überwiegend um Landkreise im Umland der Großstädte und kreisfreien Städte, um Kreise, die durch Klein- und Mittelstädte geprägt sind sowie um weniger wirtschaftsstarke Großstädte.

Die durchschnittlichen Kreise werden im Weiteren differenziert in durchschnittliche Kreise mit überdurchschnittlichen und leicht überdurchschnittlichen Werten, mit leicht unterdurchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Werten.

Die Kreise mit in der Mehrzahl (leicht) überdurchschnittlichen Werten in den fünf Themenfeldern liegen vor allem in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Hierzu zählen zum Beispiel die Kreise Deggendorf und Ostallgäu, Würzburg, Potsdam-Mittelmark, Fulda, Stade, Krefeld, Solingen, Soest, Frankenthal, Magdeburg, Flensburg und Rostock (leicht überdurchschnittlich) sowie die Kreise Heidenheim, Traunstein, Passau, Wetteraukreis, Essen, Gütersloh, Vechta, Rhein-Sieg-Kreis, Weimar, Erfurt, Leipzig, Stormarn und Pinneberg (überdurchschnittlich).

Die Kreise mit in der Mehrzahl (leicht) unterdurchschnittlichen Werten in den fünf Themenfeldern liegen vor allem in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern und den östlichen Bundesländern. Es handelt sich oft um eher ländliche Kreise in Westdeutschland, zum Teil im Umland der kreisfreien kleinen Mittelzentren. Auch einige Großstädte befinden sich in diesem Kreistyp. Obwohl einige Städte in ein oder zwei Themenfeldern stark abweichende Werte aufweisen, befinden sie sich immer noch im Mittelfeld. Zu den Kreisen zählen unter anderem Neckar-Odenwald-Kreis, Oberhavel, Göttingen, Bochum, Hagen, Worms, Saarbrücken, Chemnitz, Halle und Eisenach (leicht unterdurchschnittlich) sowie Landkreis Hof, Merzig-Wadern, Cottbus, Odenwaldkreis, Helmstedt, Euskirchen, Neuwied, Dithmarschen und Suhl (unterdurchschnittlich).

Die folgenden Beispiele von Landkreisen und kreisfreien Städten illustrieren den Gebietstyp der durchschnittlichen Kreise.

Kreis Stormarn

Der Kreis Stormarn liegt in Schleswig-Holstein zwischen Hamburg und Lübeck und zählt 243.000 Einwohner. Er gehört zu den durchschnittlichen Kreisen mit überdurchschnittlichen Werten. Die kommunale Leistungsfähigkeit und die soziale Lage sind besonders günstig, aber auch die anderen Themenfelder weisen überdurchschnittliche Werte auf. Lediglich bei vier Indikatoren liegen die Werte unter dem Durchschnitt der Kreise.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen lag 2017 mit 70.641 Euro über dem Durchschnitt, der Anteil von Akademikern unter den Beschäftigten war im Jahr 2018 mit 11,2% leicht unterdurchschnittlich, der Anteil der Spezialisten und Experten mit 22,4% etwas über dem Durchschnitt. Nur 4,7% der Schulabgänger haben 2017 und 2018 keinen Abschluss erreicht. Die kommunalen Schulden betrugen 2017 nur das 1,9-fache des Bruttoinlandsprodukts und das kommunale Steueraufkommen war 2018 mit 1.368 Euro hoch.

Die soziale Lage stellt sich sehr positiv dar. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen betrug 2017 25.375 Euro, die Arbeitslosenquote (3,2%), der Anteil der Bezieher mit Mindestsicherungsleistungen (6,1%) und Wohngeld (8,8%) lagen 2018 jeweils deutlich unter dem Durchschnitt der Kreise.

Das Bevölkerungspotenzial ist auch aufgrund der Nähe zu Hamburg groß, im Einzugsbereich lebten 2018 617.000 Menschen. Die durchschnittliche Entfernung zum nächsten Mittelzentrum betrug lediglich 20,5 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln und 96,5% der Haushalte hatten 2019 die Möglichkeit für einen Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/s. Jedoch konnten nur 35,1% der Einwohner alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen in einer angemessenen Zeit bzw. in kurzer Entfernung erreichen. Der Kreis Stormarn hatte in den Jahren 2011 bis 2018 einen Bevölkerungszuwachs von 5,1%, der mit einem hohen Binnenwanderungsgewinn und einem unterdurchschnittlichen Außenwanderungssaldo in den Jahren 2014 bis 2018 korrespondiert. Die Bevölkerung war 2018 im Durchschnitt 45 Jahre alt und damit etwas älter als der Durchschnitt der Kreise.

Wetteraukreis

Der Wetteraukreis liegt nordöstlich von Frankfurt/Main im Bundesland Hessen und zählt zu den durchschnittlichen Kreisen mit überdurch-

schnittlichen Werten. Im Wetteraukreis leben 306.000 Einwohner. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die soziale Lage sind besonders günstig, jedoch ist die kommunale Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Lediglich bei vier Indikatoren liegen die Werte unter dem Durchschnitt der Kreise.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen betrug 2017 72.575 Euro, 13,1% der Beschäftigten waren 2018 Akademiker, 23,5% Spezialisten und Experten. Von den Schulabgängern verließen 2017 und 2018 4,5% die Schule ohne Abschluss. Die kommunale Schuldenlast betrug 2017 jedoch das 7,2-fache des Bruttoinlandsprodukts und das kommunale Steueraufkommen lag 2018 mit 1.128 Euro unter dem Durchschnitt der Kreise.

Mit einem durchschnittlichen verfügbaren Einkommen von 23.517 Euro pro Kopf im Jahr 2017, einer Arbeitslosenquote von 3,9% sowie einem Anteil von Empfängern von Mindestsicherungsleistungen von 6,8% und Wohngeld von 6,5% im Jahr 2018 war die soziale Lage im Landkreis ausgesprochen gut.

Das Bevölkerungspotenzial lag 2018 bei 507.000 Personen, das nächste Mittelzentrum war im Schnitt in 21,4 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, 96,4% der Haushalte hatten 2019 Zugang zu einem zeitgemäßen Breitbandanschluss. Jedoch konnten nur 34,2% der Einwohner alle wichtigen Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen in einer angemessenen Zeit erreichen. Die Bevölkerungsentwicklung zwischen 2011 und 2018 war mit einem Plus von 4,6% sehr positiv, der Binnenwanderungsgewinn zwischen 2014 und 2018 ausgeprägt, der Außenwanderungssaldo leicht unterdurchschnittlich. Das Durchschnittsalter betrug 2018 44 Jahre und lag damit leicht unter dem Durchschnitt der Kreise.

Landkreis Ostallgäu
Der Landkreis Ostallgäu liegt im Südosten Bayerns und hat 140.000 Einwohner. Er gehört zu den durchschnittlichen Kreisen mit leicht überdurchschnittlichen Werten. Unter den fünf Themenfeldern sticht die soziale Lage besonders positiv hervor und auch die demografische Entwicklung ist günstig. Herausforderungen ergeben sich bei der Siedlungs- und Infrastruktur, bei der wirtschaftlichen und kommunalen Leistungsfähigkeit liegen die Werte geringfügig besser als der Durchschnitt der Kreise. Fünf der 18 Indikatoren weisen unterdurchschnittliche Werte auf.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen war 2017 mit 71.138 Euro überdurchschnittlich hoch, der Anteil von Akademikern (8,6%) sowie Experten und Spezialisten (17,8%) unterdurchschnittlich. Nur 3,6% der Schulabgänger verließen die Schule 2017 und 2018 ohne Abschluss. Die kommunalen Schulden lagen 2017 beim 3,5-fachen des Bruttoinlandsprodukts, das kommunale Steueraufkommen belief sich 2018 auf 1.223 Euro pro Kopf.

Das verfügbare Einkommen war mit durchschnittlich 24.207 Euro im Jahr 2017 hoch, die Arbeitslosenquote (2,2%) sowie der Anteil von Empfängern von Mindestsicherungsleistungen und Wohngeld (2,6 und 4,7%) ausgesprochen niedrig.

Das Bevölkerungspotenzial des Landkreises war 2018 mit 187.000 Personen niedrig, das nächste Mittelzentrum ließ sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln in durchschnittlich 20,9 Minuten gut erreichen. Die Möglichkeit für einen Anschluss an das Breitbandnetz bestand 2019 lediglich für 89,1% der Haushalte und nur 24,7% aller Einwohner konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen in einer angemessenen Zeit erreichen. Die Bevölkerungsentwicklung war mit einem Zuwachs von 5,0% zwischen 2011 und 2018 ausgesprochen positiv, der Binnenwanderungssaldo und der Außenwanderungssaldo in den Jahren 2014 bis 2018 überdurchschnittlich. Mit durchschnittlich 43,5 Jahren war die Bevölkerung im Jahr 2018 vergleichsweise jung.

Landkreis Potsdam-Mittelmark
Der Landkreis Potsdam-Mittelmark liegt im Land Brandenburg südwestlich von Potsdam, das selbst nicht zum Kreis gehört, und Berlin. Der Kreis hat 215.000 Einwohner und gehört zu den durchschnittlichen Kreisen mit leicht überdurchschnittlichen Werten. Über dem Durchschnitt liegen die Werte in den Themenfeldern wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Lage und demografische Entwicklung, die soziale Lage tritt hierbei positiv hervor, im Themenfeld Siedlungs- und Infrastruktur bestehen die größten Herausforderungen. Die Werte von zehn der 18 Indikatoren liegen im positiven Bereich.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen lag 2017 mit 60.087 Euro deutlich unter dem Durchschnitt, der Anteil von Akademikern sowie Experten und Spezialisten 2018 jedoch jeweils über

dem Durchschnitt (13,4% und 22,0%). Nur 4,1% der Schulabgänger haben die Schule in den Jahren 2017 und 2018 ohne Abschluss verlassen. Die kommunalen Schulden waren 2017 nur 1,7-mal höher als das Bruttoinlandsprodukt, das kommunale Steueraufkommen 2018 mit 876 Euro jedoch niedrig.

Das durchschnittliche Einkommen lag 2017 mit 22.508 Euro pro Kopf knapp über dem Durchschnitt der Kreise, Arbeitslosenquote (4,3%), Bezug von Mindestsicherungsleistungen (4,6%) und Wohngeld (8,6%) waren im Jahr 2018 niedrig.

Das Bevölkerungspotenzial war 2018 trotz der Nähe zu Potsdam und Berlin mit 264.000 Personen gering, das nächste Mittelzentrum mit öffentlichen Verkehrsmitteln in 23,2 Minuten zu erreichen. Lediglich 83,8% der Haushalte verfügten 2019 über die Möglichkeit eines Breitbandanschlusses mit 50 Mbit/s und nur 26,0% der Bevölkerung konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen in einer angemessenen Zeit gut erreichen. Der Bevölkerungszuwachs in den Jahren 2011 bis 2018 war mit einem Plus von 5,5% sehr positiv. Der Landkreis profitierte zwischen 2014 und 2018 stark von Zuzügen aus anderen Teilen Deutschlands, der Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland war jedoch gering. Das Durchschnittsalter lag 2018 mit 45,7 Jahren deutlich über dem Durchschnitt der Kreise.

Stadt Chemnitz
Die kreisfreie Stadt Chemnitz hat 247.000 Einwohner und liegt im Freistaat Sachsen. Sie gehört zu den durchschnittlichen Kreisen mit leicht unterdurchschnittlichen Werten. Die Werte in den Themenfeldern wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit zeigen gleichermaßen positive wie negative Werte, die Siedlungs- und Infrastruktur ist überwiegend positiv. Bezüglich der sozialen Lage und der demografischen Entwicklung bestehen jedoch teils große Herausforderungen.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen lag 2017 bei 58.105 Euro und damit deutlich unter dem Durchschnitt der Kreise. 19,9% der Beschäftigten waren 2018 Akademiker, 29,6% Spezialisten und Experten. 11,9% aller Schulabgänger haben in den Jahren 2017 und 2018 die Schule ohne Abschluss verlassen. Die kommunalen Schulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt lagen 2017 nur 1,8-mal höher, jedoch war das kommunale Steueraufkommen im Jahr 2018 mit 969 Euro pro Kopf sehr niedrig.

Problematisch ist die soziale Lage. Das verfügbare Einkommen betrug 2017 19.984 Euro pro Kopf, die Arbeitslosenquote war 2018 mit 7,2%, der Anteil der Empfänger von Mindestsicherungsleistungen (10,3%) und Wohngeld (21,3%) jeweils sehr hoch.

Das Bevölkerungspotenzial der Stadt war 2018 mit 441.000 Personen überdurchschnittlich, die Entfernung zum Zentrum mit öffentlichen Verkehrsmitteln betrug durchschnittlich nur 18,5 Minuten. Der Anteil der Haushalte, die Zugang zu einem Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s hatten, lag 2019 mit 88,7% leicht über dem Durchschnitt. 68,8% der Bewohner konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen in einer angemessenen Zeit erreichen. Zwischen 2011 und 2018 hat die Bevölkerungszahl in Chemnitz um 2,8% zugenommen. Dies resultiert unter anderem aus einem starken Binnenwanderungsverlust von 12% in den Jahren 2014 bis 2018 und einem starken Außenwanderungsgewinn von 17% in diesem Zeitraum. Das Durchschnittsalter war 2018 mit 46,3 Jahren überdurchschnittlich hoch.

Landkreis Göttingen
Der Landkreis Göttingen liegt in Südniedersachsen und gehört zu den durchschnittlichen Kreisen mit leicht unterdurchschnittlichen Werten. Er wurde am 1. November 2016 durch die Zusammenlegung des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz gebildet und hat 328.000 Einwohner. Der Landkreis Osterode am Harz brachte 74.000 Einwohner in die Fusion mit ein. Positiv tritt das Themenfeld wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hervor, die demografische Entwicklung stellt die größte Herausforderung dar.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen lag 2017 im Landkreis bei 66.000 Euro und damit unter dem Durchschnitt der Kreise. Überdurchschnittlich war 2018 der Anteil der Akademiker sowie Experten und Spezialisten unter den Beschäftigten (17,3% und 25,0%), unterdurchschnittlich der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss (5,2%). Die kommunalen Schulden beliefen sich 2017 auf das 3,4-fache des Bruttoinlandsprodukts und waren damit unterdurch-

schnittlich, dies gilt jedoch auch für das kommunale Steueraufkommen pro Kopf von 1.102 Euro im Jahr 2018.

Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2017 mit 20.868 Euro unter dem Durchschnitt, Arbeitslosenquote (5,7%) und Bezug von Mindestsicherungsleistungen (8,4%) waren 2018 leicht erhöht. Der Bezug von Wohngeld lag mit 12,1% geringfügig unter dem Durchschnitt.

Das Bevölkerungspotenzial war 2018 mit 208.000 Personen niedrig, für die Fahrt zum nächsten Mittelzentrum mussten die Einwohner mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Durchschnitt 21,7 Minuten rechnen. 89,0% der Haushalte hatte 2019 Zugang zu einem Breitbandanschluss und 48,1% der Einwohner konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen gut erreichen. Zwischen 2011 und 2018 hat die Bevölkerung im Kreis um 1,2% zugenommen. Kennzeichnend sind ein hoher Außenwanderungsgewinn (22%) und ein fast gleich hoher Binnenwanderungsverlust (18%) zwischen 2014 und 2018. Das Durchschnittsalter lag 2018 mit 44,3 Jahren leicht unter dem Durchschnitt der Kreise.

Kreis Euskirchen
Der Kreis Euskirchen hat 193.000 Einwohner und gehört zu den durchschnittlichen Kreisen mit unterdurchschnittlichen Werten. Er liegt südwestlich des Rhein-Sieg-Kreises und reicht bis zur belgischen Grenze. Von den fünf Themenfeldern weist lediglich die demografische Entwicklung einen positiven Wert auf, bei allen anderen Themenfeldern überwiegen negative Werte. Die wirtschaftliche und die kommunale Leistungsfähigkeit stellen dabei die größten Herausforderungen dar. Sechs Indikatoren weisen überdurchschnittliche Werte auf.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen betrug 2017 62.816 Euro und war damit ebenso unterdurchschnittlich wie der Anteil der Akademiker sowie Experten und Spezialisten an den Beschäftigten im Jahr 2018 (8,7% und 17,5%). Der Anteil von Schulabgängern ohne Anschluss lag 2017 und 2018 mit 5,7% jedoch auch unter dem Durchschnittswert der Kreise. Mit dem 7,1-fachen des Bruttoinlandsprodukts war die kommunale Verschuldung 2017 hoch und mit 1.117 Euro pro Kopf das kommunale Steueraufkommen 2018 vergleichsweise niedrig.

Das verfügbare Einkommen belief sich im Jahr 2017 auf unterdurchschnittliche 21.702 Euro pro Kopf, die Arbeitslosenquote war 2018 mit 5,1% leicht erhöht, der Anteil von Empfängern von Mindestsicherungsleistungen mit 7,7% durchschnittlich und der Anteil von Wohngeldempfängern mit 13,2% überdurchschnittlich.

Das Bevölkerungspotenzial umfasste 2018 375.000 Personen, um das nächste Mittelzentrum zu erreichen, mussten die Bewohner des Kreises eine Fahrt von durchschnittlich 24,4 Minuten im öffentlichen Verkehr zurücklegen. 88,9% der Haushalte hatten 2019 einen Breitbandzugang mit mindestens 50 Mbit/s, was leicht über dem Durchschnitt der Kreise liegt, jedoch konnten nur 27,4% der Einwohner alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen in angemessener Zeit erreichen. Der Kreis erfuhr in den Jahren 2011 bis 2018 einen Bevölkerungszuwachs von 2,7%, dies entspricht dem Binnenwanderungsgewinn in den Jahren 2014 bis 2018, der Außenwanderungsgewinn lag mit 1,6% etwas niedriger. Das Durchschnittsalter betrug 2018 44,5 Jahre und lag damit knapp unter dem Durchschnitt aller Kreise.

Landkreis Merzig-Wadern
Der Landkreis Merzig-Wadern ist der westlichste und ländlichste Kreis des Saarlands und hat eine Einwohnerzahl von 103.000. Er gehört zu den durchschnittlichen Kreisen mit unterdurchschnittlichen Werten. Die Werte für die einzelnen Themenfelder liegen alle im negativen Bereich, sechs Indikatoren weisen jedoch überdurchschnittliche Werte auf. Besondere Herausforderungen sind die wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen lag 2017 bei 63.491 Euro, der Anteil der Akademiker unter den Beschäftigten 2018 bei 9,3%, der Anteil der Experten und Spezialisten bei 18,6%. 7,8% der Schulabgänger konnten 2017 und 2018 keinen Abschluss erreichen. Das kommunale Steueraufkommen war 2018 mit 816 Euro pro Kopf niedrig, die kommunale Verschuldung 2017 mit dem Neunfachen des Bruttoinlandprodukts hoch.

Die soziale Lage zeichnet sich durch niedrige Pro-Kopf-Einkommen (2017: 19.271 Euro) aus, unterdurchschnittlich waren 2018 die Arbeitslosenquote (4,2%) sowie der Anteil der Empfänger von Mindestsicherungsleistungen (6,2%) und Wohngeld (11,5%).

Das Bevölkerungspotenzial des Landkreises war 2018 mit 288.000 Personen niedrig, die Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums mit öffentlichen Verkehrsmitteln für die Bewohner mit 21,5 Minuten etwas günstiger als der Durchschnitt. Die Möglichkeit, einen Breitbandanschluss zu bekommen, hatten 2019 89,5% der Haushalte. Jedoch waren nur für 21% der Bevölkerung alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen in angemessener Zeit und Entfernung zu erreichen. In den Jahren 2011 bis 2018 verlor der Landkreis an Bevölkerung, der Binnenwanderungssaldo war zwischen 2014 und 2018 negativ, der Außenwanderungssaldo positiv. Das Durchschnittsalter lag 2018 mit 45,6 Jahren mehr als ein Jahr über dem Durchschnitt der Kreise.

3.3.3 Strukturschwache Kreise

Insgesamt 90 der 401 Kreise in Deutschland können als strukturschwach bezeichnet werden. In mindestens drei der fünf Themenfelder (wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, kommunale Leistungsfähigkeit, soziale Lage, Siedlungs- und Infrastruktur sowie demografische Entwicklung) tritt eine deutlich negative Abweichung vom Durchschnitt der Kreise auf. Von diesen Kreisen befinden sich drei in Bayern und einer in Hessen, keiner in Baden-Württemberg. Über die Hälfte dieser Kreise liegt in den Ländern Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Weitere Schwerpunkte zeigen sich in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Niedersachsen.

Unter den strukturschwachen Kreisen gibt es 36 Kreise, die besonders strukturschwach sind. Diese vereinen eine geringe Wirtschaftskraft, hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Einkommen, schlechte Infrastrukturausstattung, große Entfernung zu den nächsten städtischen Zentren und eine ungünstige demografische Entwicklung. Dies sind zum Beispiel die Landkreise Prignitz und Spree-Neiße, Mecklenburgische Seenplatte und Ludwigslust-Parchim, Jerichower Land und Mansfeld-Südharz, Altenburger Land und Saalfeld-Rudolstadt, Görlitz und Mittelsachsen, Kusel, Südwestpfalz und Lüchow-Dannenberg.

Die strukturschwachen Kreise sind überwiegend ländliche Kreise mit einer geringen Wirtschaftskraft. 14,5% der Bevölkerung Deutschlands leben in diesen Kreisen, in den östlichen Bundesländern ist es jedoch fast jeder Zweite. Die hier liegenden Städte und Gemeinden haben in der Regel hohe Abwanderungsraten und eine geringere Lebenserwartung, oftmals Wohnungsleerstände und geringe Investitionen. Zwei von drei Kreisen in den östlichen Bundesländern sind strukturschwach, im Saarland sind es drei von sechs Kreisen. Zu den strukturschwachen Kreisen zählen beispielsweise auch die Städte Bremerhaven, Pirmasens, Bottrop, Hamm und Herne sowie die Landkreise Börde, Nordhausen, Wunsiedel, Vogelsberg, Friesland und Plön. Im Folgenden werden vier strukturschwache Kreise kurz beschrieben.

Landkreis Börde

Der Landkreis Börde liegt westlich von Magdeburg in Sachsen-Anhalt. Es handelt sich um einen strukturschwachen Kreis, der bei einer Fläche von 2367 Quadratkilometern mit 172.000 Einwohnern sehr dünn besiedelt ist. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Siedlungs- und Infrastruktur und die demografische Entwicklung stellen die größten Herausforderungen für den Landkreis dar, wogegen die kommunale Leistungsfähigkeit und die soziale Lage nur leicht unter dem Durchschnitt liegen.

Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen war 2017 mit 68.016 Euro leicht unterdurchschnittlich, der Anteil der Akademiker (9,1%) sowie Spezialisten und Experten (16,8%) im Jahr 2018 gering. Mit 7,8% haben überdurchschnittlich viele Schulabgänger in den Jahren 2017 und 2018 die Schule ohne Abschluss verlassen. Die kommunalen Schulden lagen 2017 nur beim 2,3-fachen des BIP, das Steueraufkommen war 2018 mit 992 Euro pro Einwohner gering.

Bezüglich der sozialen Lage zeichnete den Landkreis 2018 ein geringes durchschnittliches Einkommen (20.975 Euro pro Kopf) und eine Arbeitslosenquote von 5,5% aus, der Anteil von Empfängern von Mindestsicherungsleistungen war jedoch unterdurchschnittlich (7,3%), der Anteil von Wohngeldempfängern lag mit 12,5% nahe beim Durchschnitt.

Das Bevölkerungspotenzial war 2018 mit 173.000 Personen gering, die Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums mit dem öffentlichen Verkehr mit 35,4 Minuten im Durchschnitt schlecht. Nur 67,9% der Haushalte hatten 2019 die Möglichkeit für einen zeitgemäßen Breitbandanschluss und nur 27,6% konnten alle wichtigen Versor-

gungs- und Infrastruktureinrichtungen gut erreichen. Die Bevölkerungszahl nahm zwischen 2011 und 2018 um 2% ab, trotz überdurchschnittlicher Wanderungsgewinne gegenüber anderen Teilen Deutschlands. Der Außenwanderungssaldo lag mit 5,2 Personen auf 1000 Einwohner in den Jahren 2014 bis 2018 unter dem Durchschnitt. Das Durchschnittsalter war mit 46,5 Jahren im Jahr 2018 vergleichsweise hoch.

Bremerhaven
Die Stadt Bremerhaven hat 114.000 Einwohner und ist neben Bremen die zweite Kommune des Landes Bremen. Bremerhaven ist, auch aufgrund einer seit langer Zeit bestehenden Strukturkrise, eine strukturschwache Stadt. Die Werte für die Themenfelder Siedlungs- und Infrastruktur sowie demografische Entwicklung weisen in eine positive Richtung, jedoch stellen die wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit sowie die soziale Lage eine große Herausforderung dar. Sechs der 18 Indikatoren weisen positive Werte auf, die anderen 12 Indikatoren zeigen negative Ausprägungen.

Unterdurchschnittlich sind die Werte der Indikatoren der wirtschaftlichen und kommunalen Leistungsfähigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt der Erwerbstätigen lag 2017 bei 60.322 Euro, 2018 waren 10,6% der Beschäftigten Akademiker und 18,8% Spezialisten und Experten. 8,3% der Schulabgänger haben 2017 und 2018 die Schule ohne Abschluss verlassen. Die kommunalen Schulden lagen Ende 2019 bei 1,6 Milliarden, das kommunale Steueraufkommen war 2018 mit 1.049 Euro pro Kopf sehr gering.

Das durchschnittliche verfügbare Einkommen betrug in Bremerhaven im Jahr 2017 nur 18.558 Euro pro Kopf, Arbeitslosenquote (12,6%), Anteil an Empfängern von Mindestsicherungsleistungen (20,8%) und Wohngeld (21,9%) waren 2018 hoch.

Das Bevölkerungspotenzial war – auch aufgrund der großen Entfernung zu Bremen – im Jahr 2018 mit 238.000 Personen gering, die Erreichbarkeit innerhalb der Stadt jedoch gut. Mit 98,7% hatten 2019 fast alle Haushalte in Bremerhaven die Möglichkeit für einen Breitbandanschluss, die gute Erreichbarkeit aller wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen war aber trotz der guten Erreichbarkeit in der Stadt nur für 19,5% der Einwohner gegeben.

Bremerhaven hatte zwischen 2011 und 2018 ein Bevölkerungswachstum von 5,1%, sowohl der Binnenwanderungssaldo als auch der Außenwanderungssaldo waren zwischen 2014 und 2018 positiv und höher als im Durchschnitt aller Kreise. Mit einem Durchschnittsalter von 43,3 Jahren war Bremerhaven im Jahr 2018 relativ jung.

Landkreis Kusel
Der Landkreis Kusel hat 71.000 Einwohner und liegt in Rheinland-Pfalz. Er gehört zu den besonders strukturschwachen Kreisen. Die wirtschaftliche und kommunale Leistungsfähigkeit sowie die Siedlungs- und Infrastruktur sind im Landkreis Kusel sehr ungünstig, ungünstig ist auch die demografische Entwicklung. Bei der sozialen Lage befindet sich der Kreis dagegen im Durchschnitt. Lediglich bei vier Indikatoren liegen die Werte besser als der Durchschnitt, alle anderen Indikatoren haben zum Teil sehr ungünstige Ausprägungen.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem lag 2017 mit 61.585 Euro deutlich unter dem Durchschnitt und nur 6,7% der Beschäftigten waren 2018 Akademiker, 14,5% Experten und Spezialisten. 12,1% der Schulabgänger haben die Schule 2017 und 2018 ohne Abschluss verlassen. Die kommunale Leistungsfähigkeit war ausgesprochen gering. Die kommunalen Schulden lagen im Jahr 2017 43,2-mal höher als das BIP, das Steueraufkommen war 2018 mit 699 Euro pro Einwohner extrem niedrig.

Zwar war das verfügbare Einkommen pro Kopf 2017 mit 20.824 Euro rund 1.600 Euro niedriger als das durchschnittliche Einkommen in den Kreisen, jedoch zeigten 2018 die Arbeitslosenquote (4,4%), der Anteil der Personen mit Mindestsicherungsleistungen (6,4%) und der Anteil der Wohngeldempfänger (11,1%) nur unterdurchschnittliche Werte.

Das Bevölkerungspotenzial im Einzugsbereich war mit 256.000 Personen im Jahr 2018 niedrig, die Erreichbarkeit des nächsten Mittelzentrums mit 25,2 Minuten Fahrtzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln relativ schlecht, nur 70,1% der Haushalte verfügten 2019 über die Möglichkeit eines Breitbandanschlusses von mindestens 50 Mbit/s und nur 19% der Einwohner konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen in einer angemessenen Zeit bzw. in kurzer Entfernung erreichen. Die Bevölkerungsentwicklung

war in den Jahren 2011 bis 2018 mit 2,7% negativ, das Durchschnittsalter mit 46,1 Jahren im Jahr 2018 hoch. Der Binnenwanderungssaldo zwischen 2014 und 2018 war dabei überdurchschnittlich hoch, der Außenwanderungssaldo unterdurchschnittlich.

Landkreis Ludwigslust-Parchim
Der Landkreis Ludwigslust-Parchim liegt im südwestlichen Mecklenburg-Vorpommern und gehört wie die anderen Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns zu den besonders strukturschwachen Kreisen. Er ist mit einer Fläche von 4.767 Quadratkilometern einer der größten Landkreise Deutschlands und mit 213.000 Einwohnern sehr dünn besiedelt. In allen Themenfeldern weist der Landkreis sehr ungünstige Werte auf, vor allem bei der Siedlungs- und Infrastruktur.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem lag 2017 bei 58.919 Euro, der Anteil der Akademiker (8,1%) und Experten und Spezialisten (16,7%) im Jahr 2018 weit unter dem Durchschnitt. Mit 8,5% haben hier in den Jahren 2017 und 2018 sehr viele Schulabgänger keinen Abschluss erhalten. Der kommunale Schuldenstand war 2017 5,7-mal höher und das Steueraufkommen 2018 mit 809 Euro pro Kopf extrem niedrig.

Mit 20.097 Euro pro Kopf war das verfügbare Einkommen 2017 niedrig, die Arbeitslosenquote (5,8%), der Anteil an Empfängern von Mindestsicherungsleistungen (8,0%) und Wohngeld (20,2%) lagen deutlich über dem Durchschnitt.

Durch die geringe Besiedlungsdichte war das Bevölkerungspotenzial im Jahr 2018 mit 91.000 Einwohnern sehr niedrig und durchschnittlich benötigen die Bewohner 39,3 Minuten ins nächste Mittelzentrum. Ein Breitbandanschluss war 2019 nur für 67,9% der Haushalte möglich und lediglich 25,5% konnten alle wichtigen Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen gut erreichen. Die Bevölkerungsentwicklung war mit -0,4% in den Jahren 2011 bis 2018 negativ, der Wanderungsverlust durch Wegzüge betrug in den Jahren 2014 bis 2018 12,3%, zugleich lag der Außenwanderungsgewinn in diesem Zeitraum bei 14,6%. Das Durchschnittsalter betrug 2018 46,7 Jahre.

4. Erste Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in den Landkreisen und kreisfreien Städten

4.1 Allgemeine Trends bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

Die Corona-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen auf das soziale Leben und die Wirtschaft. Dies betrifft vor allem die Wirtschaftsleistung, die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen sowie Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Befürchtet werden eine weltweite Rezession und ein massiver Wirtschaftseinbruch. Die Bundesregierung geht in ihrer letzten Schätzung der Wirtschaftsentwicklung von Anfang September 2020 von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5,8% im Jahr 2020 aus. Im Sommer hatten sich die globale Industrieproduktion und der Welthandel wieder etwas erholt, auch in Deutschland nahmen die Aufträge in der Industrie und der private Konsum wieder zu.

Zu befürchten steht, dass sich durch die wirtschaftliche Entwicklung während der Corona-Pandemie bestehende regionale Ungleichheiten verstärken. Im Folgenden werden daher aktuell vorliegende Zahlen der Bundesagentur für Arbeit analysiert, um zu prüfen, ob sich derzeit anhand der Entwicklung von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit Hinweise auf eine Verstärkung regionaler Unterschiede und damit Auswirkungen auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ergeben.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt sind weiterhin trotz leichter wirtschaftlicher Besserung deutlich sichtbar. Im September und Oktober 2020 nahm die Arbeitslosigkeit nach einem Anstieg zwischen März und August 2020 ab und auch die Kurzarbeit verlor nach einem Höchststand im April 2020 weiter an Bedeutung.

Die Bundesagentur für Arbeit wertet zeitnah Daten zu Arbeitslosigkeit, Leistungsbezug und Kurzarbeit aus. Vorläufige Daten zu Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug sowie zur angezeigten Kurzarbeit liegen für die Landkreise und kreisfreien Städte zum Datenstand 30.09.2020 vor, für die realisierte Kurzarbeit zum Stand 30.04.2020.

In Deutschland stieg die Zahl der Arbeitslosen zwischen September 2019 und September 2020 um 613.000 Personen bzw. 27,4%. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,2% und nahm damit seit dem Vorjahresmonat um 1,3 Prozentpunkte zu. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit machte sich vor allem beim Leistungsbezug des Arbeitslosengelds (Leistungen nach SGB III) bemerkbar. 70% der zusätzlichen Arbeitslosen beziehen Arbeitslosengeld, 30% die Grundsicherung nach dem SGB II. Damit stieg der Anteil der Empfänger von Leistungen nach SGB III (Arbeitslosengeld) um 53,2%, der Anteil der arbeitslosen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung) um 12,9%.

Weniger als die Hälfte der Zugänge in die Arbeitslosigkeit geht jedoch auf Arbeitsplatzverlust zurück. Bei den knapp 500.000 Zugängen im September 2020 waren 181.000 Personen zuvor auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt, 7.500 Personen zuvor selbständig. Alle anderen Personen waren zuvor nicht regulär erwerbstätig, weil sie z.B. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder in schulischer oder beruflicher Ausbildung waren. Der Einstieg und Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt sind in der Zeit der Corona-Pandemie zwar erschwert, jedoch möglich. Im September 2020 haben mehr Personen die Arbeitslosigkeit beendet und sind in abhängige Beschäftigung oder Selbständigkeit gewechselt als aus diesen Bereichen arbeitslos geworden sind. Auch die Zahl der Erwerbstätigen, die zusätzlich zum Erwerbseinkommen auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, ist in der Corona-Pandemie

überschaubar geblieben. Nur knapp 12.000 Erwerbsfähige im SGB II waren nach vorläufigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im September 2020 abhängig beschäftigt, knapp 3.000 selbständig.

Die Bundesregierung hat zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit in der Corona-Pandemie die Regelungen für die konjunkturelle Kurzarbeit verbessert. Im April 2020 waren nach vorläufigen Zahlen insgesamt 6 Mio. Beschäftigte in Kurzarbeit. Das entspricht 17,9% aller in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen (Kurzarbeiterquote[10]). Bis August 2020 war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in konjunktureller Kurzarbeit deutlich zurückgegangen, die Kurzarbeiterquote lag nach vorläufigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit nun bei 7,7%.

Im Folgenden wird dargestellt, in welchen Kreisen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit besonders zugenommen haben und in welchen Kreisen dies nur unterdurchschnittlich häufig der Fall war.

4.2 Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Leistungsbezugs von Arbeitslosen in den Kreisen

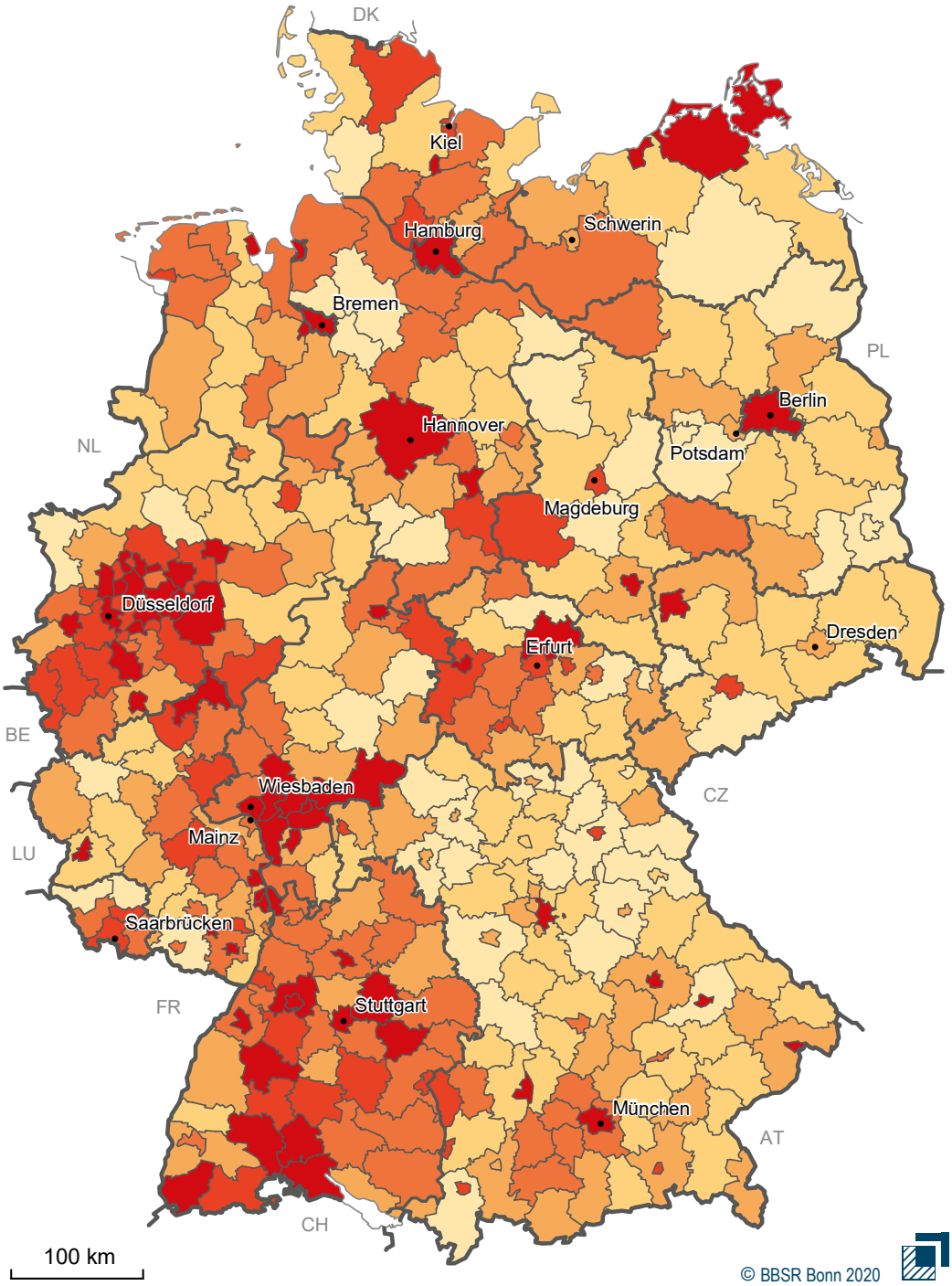
Die Arbeitslosigkeit ist im September 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,3 Prozentpunkte von 4,8% auf 6,1% gestiegen. Im März 2020 lag die Arbeitslosenquote bei 5,1% und damit auf gleichem Niveau wie im März 2019. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist daher überwiegend auf die aktuelle wirtschaftliche Situation seit der Corona-Pandemie zurückzuführen.

Überdurchschnittlich war der Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem in vielen städtisch geprägten Landkreisen sowie den kreisfreien Städten. Besonders stark betroffen sind zum Beispiel Kiel, Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Hannover, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Halle, Leipzig, das Rhein-Main-Gebiet, die Städte an Rhein und Ruhr, München, Nürnberg, Augsburg, Stuttgart, Pforzheim und Karlsruhe. Aber auch einige Landkreise im Schwarzwald oder der Landkreis Vorpommern-Rügen sind deutlich überdurchschnittlich betroffen.

Unterdurchschnittlich war der Anstieg der Arbeitslosenquote dagegen in vielen ländlichen Kreisen: in weiten Teilen Bayerns ebenso wie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder Rheinland-Pfalz. Strukturschwache Kreise verzeichnen zwischen September 2019 und September 2020 einen geringeren Anstieg der Arbeitslosenquote als strukturstarke Kreise: Nur 12% der strukturschwachen Kreise haben einen überdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosenquote gegenüber 27% der durchschnittlichen Kreise und 40% der strukturstarken Kreise.

[10] Die Bundesagentur für Arbeit hat im Oktober 2020 erstmals eine Kurzarbeiterquote berechnet: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Methodik-Qualitaet/Methodenberichte/Leistungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Kurzarbeiterquote.pdf?__blob=publicationFile

Veränderung der Arbeitslosenquote



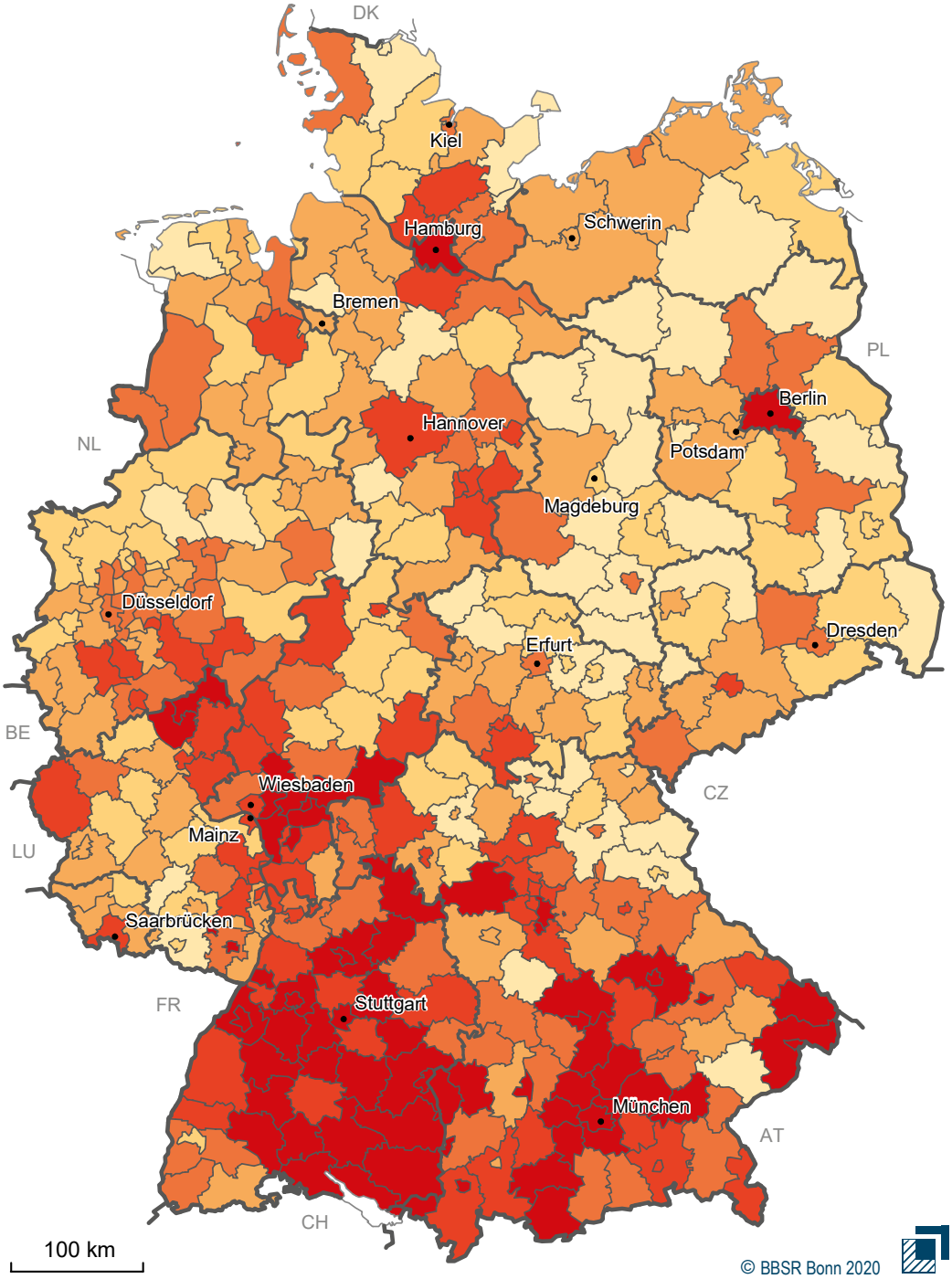
Veränderung der Arbeitslosenquote September 2020 zum Vorjahresmonat in %-Punkten

- bis unter 0,7
- 0,7 bis unter 0,9
- 0,9 bis unter 1,1
- 1,1 bis unter 1,3
- 1,3 bis unter 1,5
- 1,5 und mehr

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit,
Geometrische Grundlage:
Kreise (generalisiert),
31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: A. Milbert

Die prozentuale Zunahme der Bezieher von Arbeitslosengeld nach SGB III beträgt bundesweit 52,7% zwischen September 2019 und September 2020. Neben Berlin und Hamburg sind hier vor allem Baden-Württemberg, Hessen und Bayern überdurchschnittlich betroffen. Deutlich geringer war die Zunahme im nördlichen und östlichen Teil des Bundesgebiets, aber auch in den ländlichen Kreisen von Rheinland-Pfalz und Teilen der Oberpfalz und Franken. Noch deutlicher als bei der Zunahme der Arbeitslosenquote zeigt sich hier eine stärkere Betroffenheit der strukturstarken Kreise: 75% aller strukturstarken Kreise haben einen überdurchschnittlichen Anstieg gegenüber 5% der strukturschwachen Kreise und 37% der durchschnittlichen Kreise.

Veränderung der Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld



Veränderung der Zahl der Arbeitslosen im SGB III-Bezug September 2020 zum Vorjahresmonat in %

- bis unter 34
- 34 bis unter 41
- 41 bis unter 48
- 48 bis unter 55
- 55 bis unter 62
- 62 und mehr

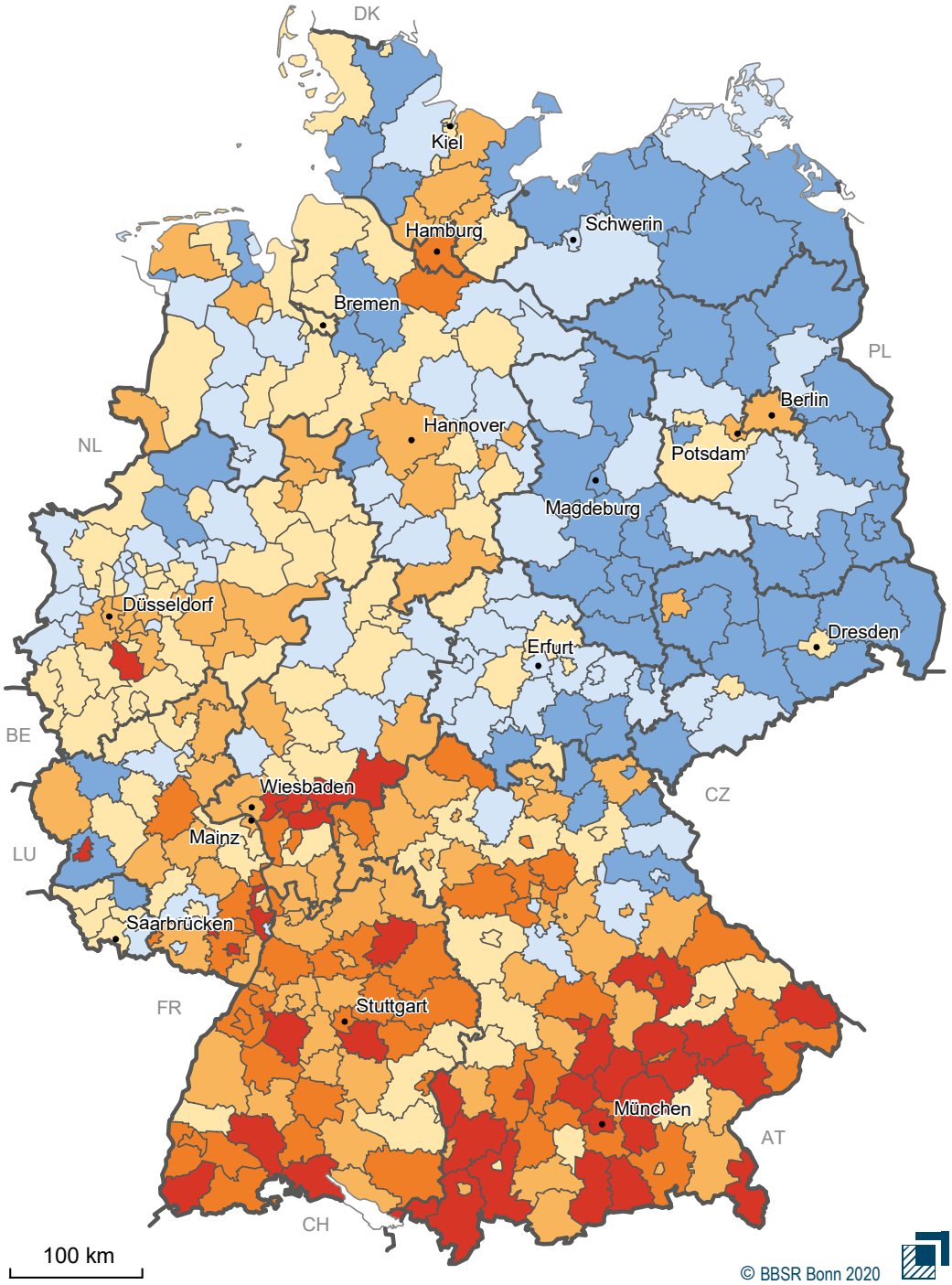
Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit
Datenstand 30.10.2020, vorläufige Zahlen
Geometrische Grundlage:
Kreise (generalisiert),
31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: A. Milbert

Die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II lag im September 2019 knapp über dem Stand von März 2020. Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Zahl im September 2020 bundesweit um 2,4%. Noch im September 2019 und im September 2018 war die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Grundsicherungsleistungen aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation jeweils um 6% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Dieser Trend hält in vielen Kreisen noch an, wenngleich der Rückgang nun durch die Corona-Pandemie deutlich schwächer ist.

In 132 Kreisen liegt die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Grundsicherungsleistungen im September 2020 unter dem Stand des Vorjahresmonats. Während in den südlichen Teilen Deutschlands die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Leistungen nach SGB II zugenommen hat, gab es in der Mehrzahl der Kreise in den östlichen Bundesländern sowie zum Beispiel in einigen Kreisen in Niedersachen und Schleswig-Holstein einen Rückgang. Von den strukturstarken Kreisen weisen 86% einen überdurchschnittlichen Anstieg auf, von den durchschnittlichen Kreisen 46% und von den strukturschwachen Kreisen nur 12%.

Die Daten zeigen also deutlich, dass in der Zeit der Corona-Pandemie zwischen März und September 2020 der Anstieg der Arbeitslosenquote, des Leistungsbezugs von Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III als auch des Leistungsbezugs von Erwerbsfähigen im Rechtskreis des SGB II in den strukturstarken Kreisen deutlicher ausgeprägt war als in den strukturschwachen Kreisen. Bezüglich der Arbeitslosigkeit lässt sich daher bilanzieren, dass im September 2020 eine Verstärkung der räumlichen Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kreisen nicht gegeben ist.

Veränderung der Zahl der erwerbsfähigen Bezieher der Grundsicherung



Veränderung der Zahl der Erwerbsfähigen im SGB II-Bezug September 2020 zum Vorjahresmonat in %

- bis unter -3
- -3 bis unter 0
- 0 bis unter 3
- 3 bis unter 6
- 6 bis unter 9
- 9 und mehr

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit
Datenstand 30.10.2020, vorläufige Zahlen
Geometrische Grundlage:
Kreise (generalisiert),
31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: A. Milbert

4.3 Entwicklung der Kurzarbeit in den Kreisen

Infolge der Corona-Pandemie haben viele Unternehmen in Deutschland konjunkturelle Kurzarbeit angemeldet. Kurzarbeitergeld ist eine Lohnersatzleistung, durch die Arbeitslosigkeit vermieden werden soll. Die Betriebe müssen vor Beginn der Kurzarbeit eine schriftliche Anzeige bei der zuständigen Agentur für Arbeit erstatten, die dann geprüft wird. Den Arbeitnehmern sollen ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben, den Betrieben die eingearbeiteten Arbeitnehmer. Die konjunkturelle Kurzarbeit umfasst nicht das Saison-Kurzarbeitergeld und das Transferkurzarbeitergeld. Die statistische Erfassung der Kurzarbeit erfolgt am Arbeitsort und nicht am Wohnort, daher ist eine Zuordnung zu Kreisen nur über die Unternehmenssitze bzw. Betriebsstätten möglich.

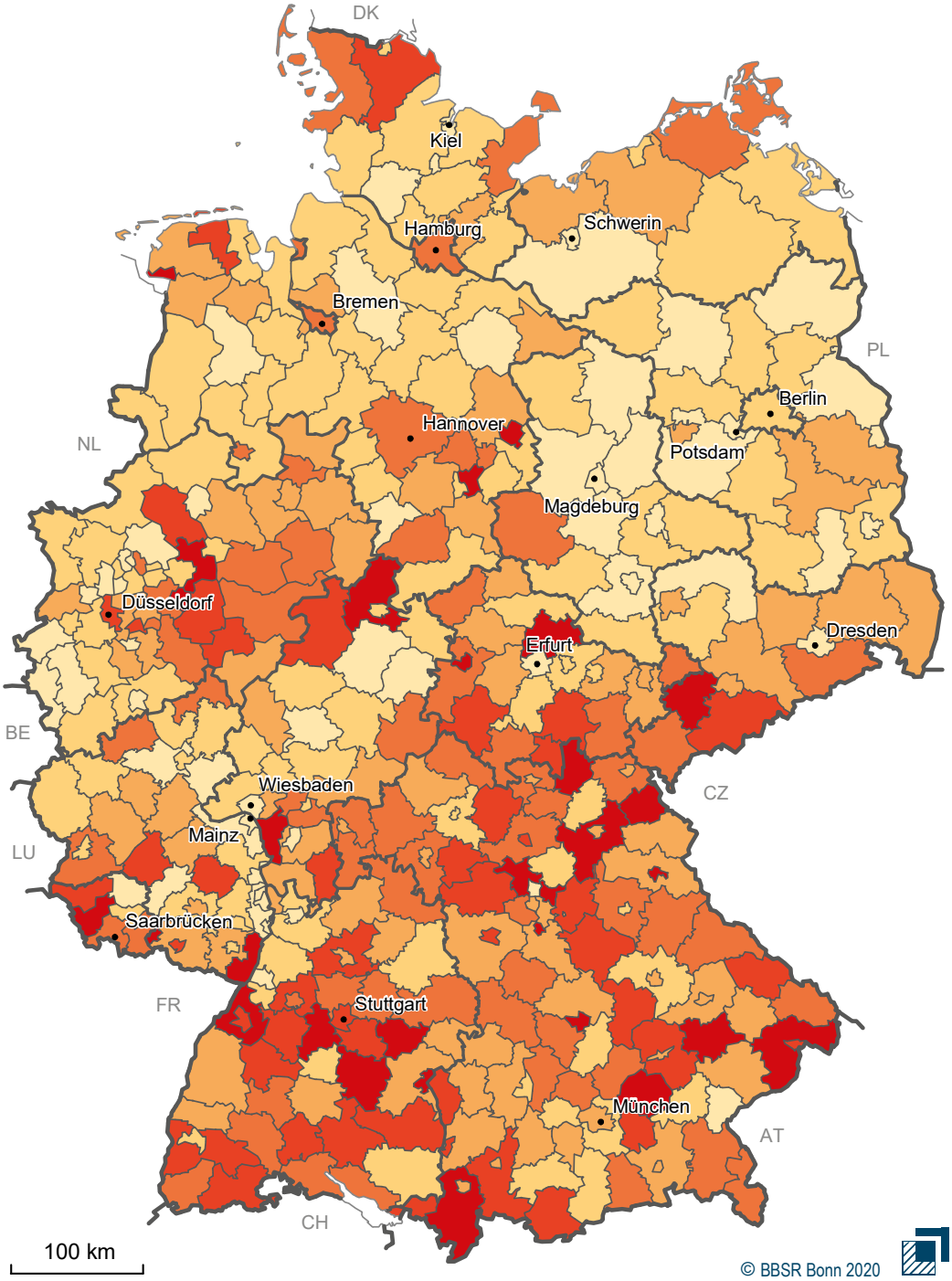
Im Februar 2020 lag die Zahl der Beschäftigten, für die konjunkturelle Kurzarbeit angemeldet wurde, noch bei 41.000 Personen, im März bei 2,64 Mio. und im April 2020 bei 8 Mio. Insgesamt wurde zwischen März und Mai 2020 für 11,8 Mio. Beschäftigte Kurzarbeit beantragt. In den Folgemonaten Juni bis September 2020 wurden dann noch Anträge für 932.000 Beschäftigte gestellt. Zwischen März und September 2020 wurde damit für 12,7 Mio. Personen Kurzarbeit beantragt, jedoch nicht in allen Fällen auch realisiert.

Die Zahl der Beschäftigten, die tatsächlich in konjunktureller Kurzarbeit waren, war entsprechend deutlich geringer. Im März 2020 lag die Zahl der gemeldeten Kurzarbeitenden bei 2,58 Millionen Beschäftigten, im April 2020 bei 6,0 Millionen Beschäftigten. Im April 2020, dem Höchststand der Kurzarbeit in Deutschland, waren damit 17,9% aller in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in Kurzarbeit. Im August war die Zahl der Personen in Kurzarbeit wieder auf 2,58 Mio. zurückgegangen, einer Quote von 7,7%. Nicht nur die Zahl der Personen in konjunktureller Kurzarbeit, auch der anteilige Arbeitsausfall bei den Personen in Kurzarbeit übertraf im April 2020 mit 48% den Stand von August 2020 mit 36%. Für die Beschäftigten ist die Kurzarbeit ohne erneuten Antrag bis zum Ende des Jahres 2020 möglich, wenn diese nicht unterbrochen wird.

In der Karte wird die Kurzarbeiterquote für April 2020 dargestellt. Besonders hoch lag die Kurzarbeiterquote in Baden-Württemberg und Bayern, im Saarland und Teilen von Nordrhein-Westfalen. Deutlicher niedriger war sie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, in Niedersachsen und einigen Kreisen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen. Deutlich erkennbar ist die hohe Kurzarbeiterquote zum Beispiel in den Landkreisen mit Automobilindustrie (Landau-Dingolfing, Ingolstadt, Wolfsburg, Emden). Daneben waren aber auch Landkreise mit einer hohen Zahl von Beschäftigten im Tourismus stark betroffen, zum Beispiel Nordfriesland, Vorpommern-Rügen oder das Oberallgäu.

Bezüglich der Auswirkungen auf strukturstarke, durchschnittliche und strukturschwache Kreise zeigt sich, dass die strukturstarken Kreise besonders häufig überdurchschnittliche Anteile realisierter Kurzarbeit verzeichnen. 50% der strukturstarken Kreise haben eine überdurchschnittliche Kurzarbeiterquote, bei den durchschnittlichen Kreisen sind es 43%, bei den strukturschwachen Kreisen 40%. Die Unterschiede bei der Kurzarbeiterquote sind zwischen den Kreisen weniger ausgeprägt als bei den Indikatoren zur Arbeitslosigkeit. Aber auch bei der Kurzarbeit lässt sich derzeit kein Hinweis darauf finden, dass bestehende Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kreisen weiter zunehmen.

Kurzarbeiterquote



Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in konjunktureller Kurzarbeit April 2020 in %

- bis unter 13
- 13 bis unter 16
- 16 bis unter 19
- 19 bis unter 22
- 22 bis unter 25
- 25 und mehr

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit
Datenstand 30.10.2020, vorläufige Zahlen
Geometrische Grundlage:
Kreise (generalisiert),
31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: A. Milbert

5. Zusammenfassung und Ausblick: Strukturschwache Kreise in Deutschland - Eine prioritäre Aufgabe der Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse

Im vorliegenden Bericht wurden insgesamt 18 Indikatoren ausgewertet und die Werte in fünf Themenfeldern für die 401 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland miteinander verglichen. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die Lebensverhältnisse in Deutschland regional deutlich voneinander unterscheiden. Auf der einen Seite stehen die strukturstarken Kreise, vor allem im Süden Deutschlands, auf der anderen Seite strukturschwache Kreise, vor allem im Osten Deutschlands. Zwar liegen die meisten Kreise im prosperierenden Mittelfeld und weisen einen hohen Wohlstand und keine Dominanz ungünstiger Ausprägungen auf, jedoch gibt es auch Kreise, bei denen sehr günstige oder aber ungünstige Werte in mehr als zwei Themenfeldern auftreten.

Die meisten Kreise in Deutschland befinden sich im Mittelfeld. Die Lebensverhältnisse geben keinen Anlass zu besonderen Maßnahmen, um Gleichwertigkeit mit anderen Kreisen herzustellen, wenn es auch teilweise abweichende Werte für einzelne Themenfelder gibt. Diese Kreise stehen für ein wirtschaftsstarkes, soziales und gefestigtes Deutschland mit einem beträchtlichen Wohlstandsniveau.

Ein gutes Viertel aller Kreise ist strukturstark. Sie stehen für die Spitzenposition der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich. Es handelt sich um attraktive Zentren mit einem sehr hohen Lebensstandard und daher hoher Anziehungskraft für Arbeitskräfte und Familien. Problematisch sind hier aber hohe Lebenshaltungskosten sowie stark steigende Mieten und Immobilienpreise aufgrund der großen Nachfrage. 37,5 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben in diesen Kreisen.

Ein knappes Viertel aller Kreise ist strukturschwach. Die wirtschaftliche Entwicklung bleibt hinter dem Rest des Landes zurück, was sich auch in der sozialen Lage, der Versorgung mit sozialer und technischer Infrastruktur sowie dem Angebot an Dienstleistungen und der Erreichbarkeit von größeren Städten ausdrückt. Der Lebensstandard und das Preisniveau sind niedriger als im Rest des Landes. Auch die Attraktivität der Kreise zum Wohnen ist gering, was sich in niedrigen Miet- und Immobilienpreisen äußert. Die Bevölkerungszahl ist zumeist rückläufig und der Altersdurchschnitt hoch. Viele der Kreise zeichnen sich eher durch eine ausgeprägte Ländlichkeit und eine hohe Erholungsqualität aus.

Nur 14,5 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben in strukturschwachen Kreisen. In diesen strukturschwachen Kreisen besteht ein besonderer Handlungsbedarf. Um einen weiteren Bevölkerungsrückgang und eine Abkoppelung der wirtschaftlichen Entwicklung zu verhindern und gleichwertige Lebensverhältnisse auch hier zu gewährleisten, erscheinen gezielte Investitionen und Unterstützung erforderlich. Dies betrifft unter anderem Arbeitsplätze, die soziale Infrastruktur, die Verkehrsanbindung vor allem mit öffentlichen Verkehrsmitteln und den Ausbau mit einem leistungsstarken Breitband und der 5G-Technologie.

Die Corona-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen unter anderem auf die Wirtschaftsleistung und die Steuereinnahmen sowie auf Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Bestehende regionale Ungleichheiten könnten sich verstärken und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse beeinträchtigen.

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zu Arbeitslosigkeit, Leistungsbezug und Kurzarbeit zeigen aber derzeit, dass strukturstarke Kreise deutlich stärker von dem Corona-bedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen sind als strukturschwache Kreise. Dies gilt gleichermaßen für die Zunahme der Bezieher von Arbeitslosengeld nach SGB III wie auch für erwerbsfähige Bezieher der Grundsicherung nach SGB II. Die Unterschiede bei der Kurzarbeiterquote sind zwischen den Kreisen weniger ausgeprägt als bei den Indikatoren zur Arbeitslosigkeit. Doch auch bei der Kurzarbeit sind strukturstarke Kreise etwas stärker betroffen als strukturschwache Kreise. Eine Vergrößerung der räumlichen Unterschiede zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kreisen kann mit den Daten zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit derzeit nicht festgestellt werden.

Ob es bei diesem Befund im weiteren Verlauf der Pandemie bleibt, lässt sich heute noch nicht voraussagen. Erkennbar ist aber, dass Corona Deutschland verändert und negative Auswirkungen sowohl auf strukturstarke als auch auf strukturschwache Regionen hat. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verstärkt im Blick zu haben. Die Ergebnisse und Vorschläge der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ bieten dafür eine gute Grundlage.

Anhang

Tabelle 1: Themenfelder und Indikatoren des Heimatberichts: Quellen und methodische Hinweise

Tabelle 2: Themenfelder und Indikatoren des Heimatberichts: Interpretationshilfen

Tabelle 3: Anzahl der strukturschwachen, durchschnittlichen und strukturstarken Kreise in den Bundesländern

Tabelle 4: Bevölkerungsanteil der strukturschwachen, durchschnittlichen und strukturstarken Kreise in den Bundesländern

Tabelle 1: Themenfelder und Indikatoren des Heimatberichts: Quellen und methodische Hinweise

Themenfeld	Indikator	Berechnung	Beobachtungsjahr(e)	Einheit	Quelle	Datenbehandlung zur Herstellung der Normalverteilung[1]	Drehung zur Bewertungsrichtung (hohe Werte = gut)
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	Bruttoinlandsprodukt (BIP)	BIP je Erwerbstätigem	2017	Euro	AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	schiefe Verteilung, logarithmiert	
	Anteil Akademiker	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Abschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort	2018	%	Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigtenstatistik	schiefe Verteilung, logarithmiert	
	Anteil Hochqualifizierte	Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Spezialisten und Experten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort	2018	%	Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigtenstatistik	schiefe Verteilung, logarithmiert	
	Schulabgänger ohne Abschluss	Anteil Schulabgänger ohne Abschluss an allen Schulabgängern	2017 / 2018	%	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistik der allgemeinbildenden Schulen	1 Extremwert, Höchstwert auf 14 % gesetzt	x
Kommunale Leistungsfähigkeit	Schulden je Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Anteil der Schulden in den kommunalen Kernhaushalten in Prozent des BIP	2017	%	Schulden: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistik über Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände; BIP: AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Die Werte für die Stadtstaaten wurden auf Basis der Veröffentlichung der Länderhaushalte 2016 und den Anteilen der kommunalen Schulden an allen Schulden in den Flächenländern (außer Bayern und Sachsen) geschätzt.	schiefe Verteilung, logarithmiert	x
	Steueraufkommen	Steuereinnahmen der Gemeinden je Einwohner	2018	Euro	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Realsteuervergleich	schiefe Verteilung, logarithmiert	

Themenfeld	Indikator	Berechnung	Beobachtungsjahr(e)	Einheit	Quelle	Datenbehandlung zur Herstellung der Normalverteilung[1]	Drehung zur Bewertungsrichtung (hohe Werte = gut)
Soziale Lage	Verfügbares Einkommen	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner	2017	Euro	AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	schiefe Verteilung, logarithmiert	
	Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen	2018	%	Bundesagentur für Arbeit: Arbeitslosenstatistik	Normalverteilung liegt vor	x
	Mindestsicherungsleistungen	Anteil der Personen im Bezug von Mindestsicherungsleistungen an den Einwohnern	2018	%	Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Grundsicherung	2 Extremwerte, Höchstwert auf 18,5 % gesetzt	x
	Wohngeld	Anteil der Wohngeldempfänger an den Haushalten	2018	%	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Wohngeldstatistik; Nexiga: Anzahl der Haushalte	3 Extremwerte, Höchstwert auf 30 % gesetzt	x
Siedlungs- und Infrastruktur	Bevölkerungspotenzial	Durchschnittliches regionales Bevölkerungspotenzial: Summe der theoretisch erreichbaren Tagesbevölkerung in Abhängigkeit von der Entfernung zum Wohnort	2018	absolut	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Ebene der Gemeinden, Berechnungsmodell BBSR	schiefe Verteilung, logarithmiert	
	Reisezeit zum nächsten Mittelzentrum mit dem Öffentlichen Verkehr	durchschnittliche bevölkerungsgewichtete Reisezeit im ÖV zum Stadtzentrum des nächsten Ober- oder Mittelzentrums	2018	Minuten	HaCon Ingenieurgesellschaft: Fahrplanauswertungen für den öffentlichen Verkehr	5 Extremwerte, Höchstwert auf 42 min gesetzt	x
	Breitband 50 Mbit/s	Anteil der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von mindestens 50 Mbit/s an allen Haushalten	2019	%	BMVI: Breitbandatlas	Normalverteilung liegt vor	

Themenfeld	Indikator	Berechnung	Beobachtungsjahr(e)	Einheit	Quelle	Datenbehandlung zur Herstellung der Normalverteilung[1]	Drehung zur Bewertungsrichtung (hohe Werte = gut)
Siedlungs- und Infrastruktur (Fortsetzung)	Infrastrukturindex	Anteil Einwohner, die sowohl folgende nächstgelegenen Einrichtungen innerhalb einer fußläufigen Distanz von maximal 1000 m erreichen - Apotheke, Grundschule, Hausarzt, ÖV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag, Post, Supermarkt/ Discounter - als auch folgende Einrichtungen mit dem PKW innerhalb einer angemessenen Zeit erreichen - Krankenhaus der Grundversorgung (30 Minuten), Sekundarschule der Stufe I oder II (15 Minuten), Seniorenheim (15 Minuten)	2016/17/19	%	Apotheken: Adressendiscount (2017), Grundschulen: Schulverzeichnisse der Länder, POI Bund und eigene Recherchen (2017), Hausärzte: Wer-zu-Wem-Verlag (2017), ÖV-Haltestellen: HaCon Ingenieurgesellschaft mbH (2016), Post: infas360 und POI Bund (2019), Supermärkte und Discounter: TradeDimensions/The Nielsen Company (2017), Krankenhäuser: Krankenhausverzeichnis des Statistisches Bundesamtes (2016) und Krankenhaus-Report des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (2016), Sekundarschulen: Schulverzeichnisse der Länder und POI Bund (2017), Seniorenheime: infas360 und POI Bund (2019), kleinräumige Bevölkerungszahlen: Infas360 (2016/17), Berechnungsmodelle des BBSR	Normalverteilung liegt vor	x
Demografische Entwicklung	Bevölkerungsentwicklung	Entwicklung der Bevölkerung	2011-2018	%	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	Normalverteilung liegt vor	
	Binnenwanderungssaldo	kumulierter Binnenwanderungssaldo 2014 bis 2018 je 1000 Einwohner	2014-2018	je 1.000 Einwohner	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Wanderungsstatistik	10 Extremwerte (z.B. Kreise mit Erstaufnahmeeinrichtungen), Minimumwert auf -150 Fälle je 1.000 E. gesetzt	
	Außenwanderungssaldo	kumulierter Außenwanderungssaldo 2014 bis 2018 je 1000 Einwohner	2014-2018	je 1.000 Einwohner	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Wanderungsstatistik	schiefe Verteilung, logarithmiert	
	Durchschnittsalter	Durchschnittliches Alter der Bevölkerung	2018	Jahre	Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	Normalverteilung liegt vor	x

Anmerkung:

[1] Normalverteilung: Eine Abweichung von der Normalverteilung gibt es bei extrem schief verteilten (z.B. überproportional niedrige Werte, überproportional hohe Werte) und/oder Vorhandensein von Extremwerten. Die Normalverteilung wird bei verschiedenen statistischen Verfahren vorausgesetzt und sollte auch bei der Zusammenfassung von Indikatoren zu Indizes beachtet werden, um Verzerrungen zu vermeiden. Erreicht wird die Normalverteilung bei Schiefe über Transformationen (z.B. Quadratwurzel, Logarithmieren, Kehrwert), die die relative Lage der Fälle zueinander nicht verändern, und bei Extremwerten durch Setzen von Höchstwerten/Abschneidegrenzen.

Tabelle 2: Themenfelder und Indikatoren des Heimatberichts: Interpretationshilfen

Themenfeld	Indikator	Interpretationshilfen
Wirtschaftliche Leistungs-fähigkeit	Bruttoinlands-produkt (BIP)	Das BIP beziffert die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Der Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" gibt jährlich eine Schätzung der auf Länderbasis erhobenen Werte für die Kreise ab. Da es sich um eine Entstehungsrechnung handelt, ist auf kleinräumiger Ebene der Bezug zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort angemessener als zu den Einwohnern.
	Anteil Akademiker	Der Indikator beschreibt den Bedarf an hoch qualifizierten Beschäftigten der regionalen Wirtschaft. Akademiker haben nicht nur den höchsten Bildungsabschluss, sondern verfügen auch über die Kompetenzen in einer auf Wissen, Forschung und Entwicklung ausgerichteten Volkswirtschaft. Bei den Beschäftigten mit akademischem Abschluss handelt es sich um die formale Qualifikation. Da der Arbeitsmarkt einen hohen Bedarf an akademisch ausgebildetem Personal hat und Akademiker weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als niedriger ausgebildetes Fachpersonal, dürfte der Anteil atypisch beschäftigter Akademiker gering sein. Bestandteil der akademischen Ausbildung ist die schnelle Lern- und Anpassungsfähigkeit und die wissenschaftlich und/oder praktische Ausrichtung auf zukünftige Anforderungen. Von der generell stärker akademisch ausgerichteten Berufsqualifikation in der früheren DDR sind 30 Jahre nach dem Mauerfall nur noch wenige aktiv auf dem Arbeitsmarkt. Damit dürfte der Indikator den tatsächlichen Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften am Arbeitsort widerspiegeln.
	Anteil Hochqualifizierte	Unter den Hochqualifizierten werden die Experten (hoch komplexe Tätigkeiten, sehr hohes Kenntnis- und Fertigkeitsniveau, Leitungs- und Führungsaufgaben; mindestens vierjährige Hochschulausbildung oder entsprechende Berufserfahrung) und die Spezialisten (komplexe Spezialkenntnisse und -fertigkeiten, gehobene Fach- und Führungsaufgaben; Meister- oder Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschul- oder Hochschulabschluss) zusammengefasst. Anders als bei den Akademikern kann die Qualifikation daher auch auf anderem Wege als ausschließlich über ein Studium erworben werden. Stärker noch als bei den Akademikern wird hier das tatsächlich benötigte Qualifikationsniveau des Arbeitsplatzes abgebildet. Die Korrelation zwischen beiden Indikatoren ist sehr hoch (0,96).
	Schulabgänger ohne Abschluss	Schulabgänger, die ihre Schullaufbahn ohne erfolgreichen Abschluss verlassen, haben die geringsten Erfolgsaussichten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Helferstellen, die keine Qualifikation erfordern, werden immer weniger benötigt. Qualifikationen auf dem zweiten Bildungsweg sind langwierig. Diese Schulabgänger erfordern daher einen höheren Betreuungsaufwand als Schulabgänger mit mindestens erfolgreichem Schulabschluss, um nachqualifiziert zu werden, und für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung. Wegen jährlicher Schwankungen wird hier ein Zweijahresdurchschnitt verwendet.
Kommunale Leistungsfähigkeit	Schulden je Bruttoinlands-produkt (BIP)	"Kommunale Schulden" bezeichnen den Gesamtbetrag der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden und den kreisfreien Städten in den Flächenländern im Kernhaushalt und (bestimmten) Auslagerungen aufgenommenen Schulden. Der Begriff der kommunalen Schulden als solcher ist jedoch unpräzise, da sich das kommunale Schuldenportfolio aus vielen Schuldenarten zusammensetzt. Beim interkommunalen und regionalen Vergleich ist die Bezugsgröße bedeutsam: Denn einkommens- und wirtschaftsstarke Kommunen können mehr Schulden aufnehmen als finanzschwächere. Diesem Umstand kommt die Relation der Schulden zum BIP entgegen. Auch Staaten haben vereinbart, ihre Schulden im Verhältnis zum BIP zu regulieren.
	Steueraufkommen	Mit der Steuerkraft (Steueraufkommen/Steuereinnahmen) je Einwohner soll die Finanzkraft der Gemeinden beziffert werden. Zu den Steuereinnahmen der Gemeinden zählen die Istaufkommen der Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer (minus Gewerbesteuerumlage), der Anteil an der Einkommens- und an der Umsatzsteuer. Allerdings sind Kommunen unterschiedlich stark finanziell belastet über Sozialausgaben und Ausgaben für Pflichtaufgaben. Somit sind über die Steuereinnahmen die Investitionsspielräume nur unzureichend abgebildet. Die Steuereinnahmen sind daher über weitere Indikatoren zum kommunalen Finanzhaushalt (vgl. Schulden) zu ergänzen.

Themenfeld	Indikator	Interpretationshilfen
Arbeit und soziale Lage	Verfügbares Einkommen	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte nennt man die Einkommen, die den privaten Haushalten zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Für den interregionalen Vergleich bezieht man die Einkommen auf die Einwohner. Allerdings wird hierbei die Haushaltsgröße und -konstellation nicht berücksichtigt. Der größte Teil der Privateinkommen resultiert aus den Einkommen aus Arbeit. Daher korreliert das pro-Kopf-Einkommen stark mit der regionalen Wirtschaftskraft: je stärker die regionale Wirtschaft, desto höher ist das Lohnniveau.
	Arbeitslosen-quote	Die Arbeitslosenquote umfasst im Zähler nur die gemeldeten Arbeitslosen. Ein umfassenderes Bild der Defizite auf dem regulären Arbeits-markt gibt die Unterbeschäftigungsquote, die Arbeitssuchende in Maßnahmen der Arbeitsförderung, Personen in einem Sonderstatus (Alters-teilzeit, Kurzarbeit) hinzurechnet. Allerdings sind beide Quoten auf Ebene der Kreise stark miteinander korreliert, so dass auch die Arbeits-losenquote ein hinreichend gutes Bild der regionalen Unterschiede in den Defiziten des regulären Arbeitsmarktes gibt. Hier wird die Quote im Durchschnitt des Jahres verwendet.
	Mindest-sicherungs-leistungen	Die Mindestsicherungsleistungen sind soziale Hilfen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Dazu zählen die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, der Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII und die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Die Quote der Leistungsempfän-ger beziffert damit den Anteil aller Personen, die nicht aus eigener Kraft ihren grundlegenden Lebensunterhalt bestreiten können.
	Wohngeld	Wohngeld ist eine staatliche soziale Leistung für Personen, die auf Grund ihres niedrigen Einkommens einen Mietzuschuss oder Lastenzu-schuss (Wohneigentum) erhalten. Von der Statistik erfasst werden die Haushalte, die Wohngeld empfangen. Indirekt beschreibt die Wohngeld-quote damit auch den Anteil von Haushalten mit niedrigem Einkommen und ergänzt den "Armutsindikator" Mindestsicherungsleistung.
Siedlungs- und Infrastruktur	Bevölkerungs-potenzial	Das Bevölkerungspotenzial ist eine theoretische Größe, die jenseits der Einwohnerzahl am Wohnort selbst auch anteilig Einwohner in benach-barten Gemeinden in einem maximalen Umkreis von 100 km umfasst. Je weiter allerdings die Umlandgemeinden von der Wohngemeinden entfernt liegen, desto niedriger ist ihr Anteil an Bevölkerung, der im Potenzial mit erfasst wird. Das Bevölkerungspotenzial beschreibt damit das theoretische Potenzial an Nutzern von Dienstleistungen oder Käufern von Waren der Wohngemeinde. Es ist für Tragfähigkeitsanalysen konzipiert, findet allerdings auch als alternativer Indikator zur Einwohnerdichte Anwendung. Denn hier hat das Bevölkerungspotenzial den Vorteil, dass es nicht abhängig ist vom Zuschnitt der administrativen Grenze und darüber hinaus die Gegebenheiten der unmittelbaren Nach-barschaft berücksichtigt. Das Bevölkerungspotenzial wird anders als die anderen Indikatoren als absolute Größe verwendet.
	Reisezeit zum nächsten Mittel-zentrum mit dem Öffentlichen Verkehr	Mittelzentren sind wichtige Knoten- und Versorgungspunkte der mittelzentralen Versorgung. Sie haben i.d.R. mindestens ein Krankenhaus der Grundversorgung, Fachärzte, allgemeinbildende weiterführende Schulen etc. Deshalb ist es für die Lebensverhältnisse bedeutsam, wie gut die Bevölkerung an diese Mittelzentren angebunden ist. Die Erreichbarkeit über den Öffentlichen Personenverkehr (ÖV) berücksichtigt dabei auch die Gelegenheiten, auf die nicht mobile Personengruppen (keine Verfügbarkeit über einen PKW) angewiesen sind. Im Indikator werden des Weiteren auch innerhalb der Mittelstädte die Erreichbarkeiten ermittelt, so dass auch innerstädtisch schlecht angebundene Wohnbereiche eingeschlossen sind. Basis der Berechnung ist ein 250 x 250 m Raster.
	Breitband 50 Mbit/s	Eine schnelle Internetverbindung gehört heute zum Standard, da Kommunikation vielfach nicht mehr telefonisch oder physisch stattfindet. Für normale Internetnutzung oder geringeren Datentransfer sind zwar auch niedrigere Übertragungsraten ausreichend, aber für mehrere Nutzer pro Haushalt oder Unternehmen oder den häufigeren Transfer von größeren Datenmengen sollten mindestens 50 Mbit/s und mehr gegeben sein. Die Standards und Anforderungen steigen jedoch mit den technischen Entwicklungen und der Intensivierung der Internetnutzung, so dass 50 Mbit/s nur eine Momentaufnahme darstellen. Dennoch gibt es in vielen Regionen auch Haushalte, die nicht über diese Verbindungsqualität verfügen.
	Infrastruktur-index	Der Indikator beschreibt den Anteil der Einwohner, die ausgewählte Einrichtungen der Nahversorgung (Apotheke, Grundschule, Hausarzt, ÖV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag, Post, Supermarkt/Discounter) fußläufig innerhalb von 1.000 m und ausgewählte Einrichtungen der Grundversorgung in einer angemessenen bzw. raumplanerisch festgelegten Zeit - Krankenhaus der Grundversorgung (30 Minuten), Sekundarschule der Stufe I oder II (15 Minuten), Seniorenheim (15 Minuten) - erreichen können. Es handelt sich um einen repräsentativen Katalog an Versorgungseinrichtungen, deren physischer Zugang gewährleistet sein sollte. Eine fehlende Erreichbarkeit in den angegebenen Entfernungen oder Fahrzeiten erfordert einen erhöhten Aufwand für die betroffene Bevölkerung und sind bei weniger mobilen Bevölkerungsgruppen auch mit weitreichenderen Zugangsbeschränkungen verbunden.

Themenfeld	Indikator	Interpretationshilfen
Demografische Entwicklung	Bevölkerungs-entwicklung	Die Bevölkerungsentwicklung steht als zentraler Indikator für die Entwicklung einer Wohngemeinde oder Region. Die Bevölkerungsentwicklung setzt sich zusammen aus der natürlichen Entwicklung (Geburten und Sterbefälle) und der Zu- und Abwanderung. Die natürliche Entwicklung ist stark abhängig von der Altersstruktur der Bevölkerung, die Wanderungen von der wirtschaftlichen Attraktivität der Region. Das Bezugsjahr 2011 ist wegen des Zensus im Jahr 2011 gewählt. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung in allen Regionen abnehmen.
	Binnenwanderungssaldo	Die Wanderungen sind bedeutend für die Entwicklung der Regionen. Über die Binnenwanderungen wird die innerdeutsche Attraktivität der Regionen abgebildet. An den Binnenwanderungen sind die Altersgruppen der 18- bis 24-Jährigen, der 25- bis 29-Jährigen sowie der Familien (unter 17-Jährige plus 30 bis 49-Jährige) besonders relevant. Hier werden die Salden der letzten fünf Beobachtungsjahre kumuliert.
	Außenwanderungssaldo	Ohne Zuwanderung aus dem Ausland würde die bundesdeutsche Bevölkerung abnehmen. Zuwanderung aus dem Ausland orientiert sich sehr stark an wettbewerbsstarken Agglomerationen (Zuwanderung aus dem EU-Ausland). Die Zuwanderung von Flüchtenden erfolgt gesteuert. Hier werden die Salden der letzten fünf Beobachtungsjahre kumuliert. Auf die Zuwanderung aus dem Ausland folgt mit leichter zeitlicher Verzögerung weitere Wanderung im Binnenland.
	Durchschnittsalter	Das Durchschnittsalter der Bevölkerung ist eine anschauliche Kennziffer, die Altersstruktur der regionalen Bevölkerung zusammen zu fassen. Je höher der Anteil der älteren Bevölkerung ist, desto höher ist das Durchschnittsalter.

Tabelle 3: Anzahl der strukturschwachen, durchschnittlichen und strukturstarken Kreise in den Bundesländern

Bundesland	Anzahl Kreise								
	Insgesamt	besonders strukturstark	strukturstark	überdurch-schnittlich	leicht überdurch-schnittlich	leicht unterdurch-schnittlich	unterdurch-schnittlich	struktur-schwach	besonders struktur-schwach
Baden-Württemberg	44	9	22	8	1	4			
Bayern	96	14	24	19	17	9	10	3	
Berlin	1		1						
Brandenburg	18	1			2	2	3	4	6
Bremen	2		1					1	
Hamburg	1	1							
Hessen	26	5	6	5	1	2	6	1	
Mecklenburg-Vorpommern	8				1		1		6
Niedersachsen	45		3	4	7	6	12	12	1
Nordrhein-Westfalen	53	3	5	10	10	12	9	4	
Rheinland-Pfalz	36	2	2	3	4	8	6	8	3
Saarland	6					2	1	3	
Sachsen	13		1	1		1	3	2	5
Sachsen-Anhalt	14				1	1	1	2	9
Schleswig-Holstein	15		1	2	2	1	6	2	1
Thüringen	23	1		2		1	2	11	6
Deutschland insgesamt	401	36	66	54	46	49	60	53	37
darunter östliche Bundesländer	77	2	2	3	4	5	10	19	32

Tabelle 4: Bevölkerungsanteil der strukturschwachen, durchschnittlichen und strukturstarken Kreise in den Bundesländern

Bundesland	Anteil an der Bevölkerung								
	besonders strukturstark	strukturstark	überdurch-schnittlich	leicht überdurch-schnittlich	leicht unterdurch-schnittlich	unterdurch-schnittlich	struktur-schwach	besonders struktur-schwach	Anteil an der Bevölkerung insgesamt
Baden-Württemberg	29,3	50,7	13,3	1,1	5,6				13,3
Bayern	26,1	26,8	15,5	15,4	6,9	7,3	2,0		15,8
Berlin		100							4,4
Brandenburg	7,1			15,3	15,1	17,7	17,3	27,5	3,0
Bremen		83,4					16,6		0,8
Hamburg	100								2,2
Hessen	26,6	24,4	22,8	3,6	6,8	14,2	1,7		7,5
Mecklenburg-Vorpommern				13,0		6,0		81,1	1,9
Niedersachsen		7,3	21,9	11,5	19,0	20,8	18,9	0,6	9,6
Nordrhein-Westfalen	11,3	9,5	25,9	16,8	16,9	16,3	3,3		21,6
Rheinland-Pfalz	10,5	7,0	8,3	7,3	23,4	19,1	16,7	7,7	4,9
Saarland					47,7	10,4	41,9		1,2
Sachsen		13,6	14,4		6,1	20,0	15,7	30,2	4,9
Sachsen-Anhalt				10,8	10,8	3,7	16,1	58,5	2,7
Schleswig-Holstein		8,5	19,2	12,6	6,8	34,5	11,3	6,9	3,5
Thüringen	5,2		13,0		2,0	7,4	48,0	24,5	2,6
Deutschland insgesamt	15,6	22,0	15,8	9,4	10,9	11,9	7,8	6,8	100
darunter östliche Bundesländer	1,8	25,9	5,4	5,1	5,6	9,9	15,2	31,2	19,5

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 10557 Berlin
E-Mail: service@bmi.bund.de
Internet: www.bmi.bund.de

Stand
November 2020

Druck
PIEREG Druckcenter Berlin GmbH, 12277 Berlin

Gestaltung
Orca Affairs GmbH, 10117 Berlin

Bildnachweis
Titelbild: shutterstock.com

Vervielfältigung
Alle Rechte vorbehalten

Bestellmöglichkeit
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Servicetelefon: 030 18 272 2721
Servicefax: 030 1810 272 2721
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Artikelnummer: BMI20017
Bestellung über das Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
Online-Bestellung: www.bundesregierung.de/publikationen

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter:
www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.